Landeshauptstadt Hannover - 50.08 - Datum 02.03.2009

Einladung

zur 19. Sitzung des Sozialausschusses am Montag, 16. März 2009, 15.00 Uhr, Rathaus, Hodlersaal

Tagesordnung:

I. Ö F F E N T L I C H E R T E I L

1. Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Einberufung und Beschlussfähigkeit sowie Feststellung der Tagesordnung

2. Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung am 19.01.2009 (öffentl. Teil)

3. Einwohner- und Einwohnerinnenfragestunde

4. Antrag der SPD-Ratsfraktion und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen: "Millenium-Erklärung zu nachhaltigem kommunalem Engagement" (Drucks. Nr. 0315/2009)

5. Neue Handlungsfelder Städtepartnerschaften (Informationsdrucks. Nr. 0331/2009 mit 2 Anlagen)

6. Repräsentativerhebung "Leben und Wohnen im Alter" (Informationsdrucks. Nr. 0384/2009 mit 1 Anlage) - bereits übersandt

7. Anfragen und Mitteilungen

II. N I C H T Ö F F E N T L I C H E R T E I L

Weil

Oberbürgermeister

Landeshauptstadt Hannover - 50.08 - Datum 31.03.2009

NIEDERSCHRIFT

19. Sitzung des Sozialausschusses am Montag, 16. März 2009,
Rathaus, Hodlersaal

Beginn 15.00 Uhr
Ende 18.20 Uhr

Anwesend:

Ratsfrau Wagemann	(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	
Ratsfrau Dr. Koch	(SPD)	
Ratsfrau Barth	(CDU)	
Beigeordneter Engelke	(FDP)	
für Ratsherrn Hexelschneider		
Ratsfrau Fischer	(SPD)	
Ratsfrau Ike	(CDU)	
Ratsfrau Jakob	(CDU)	
Ratsfrau Lossin	(SPD)	15.00 - 17.20 Uhr
Ratsherr Mineur	(SPD)	
für Ratsherrn Degenhardt		
Ratsfrau Schlienkamp	(SPD)	
Ratsfrau Studier	(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	

Beratende Mitglieder:
Herr Dickneite
Herr Schulz
Herr Werkmeister

Grundmandat:

Ratsherr Förste	(DIE LINKE.)
Ratsherr List	(Hannoversche Linke)

Presse:
Frau Thomas, HAZ

Verwaltung:
Stadtrat Walter, Jugend- und Sozialdezernat
Stadtrat Bodemann, Baudezernat (ab 15.45 Uhr)
Frau Ciecior, Kulturbüro
Herr Danschick, Stadterneuerung und Wohnen (ab 15.45 Uhr)
Herr Dreves, Stadtentwicklung
Frau Hammann, Jugend- und Sozialdezernat
Herr Heindorf, Ada- und- Theodor-Lessing-Volkshochschule
Frau Dr. Kaiser, Stadtentwicklung
Frau Kalmus, Presse- und Öffentlichkeitsarbeit
Herr Pietzko, Jugend- und Sozialdezernat
Herr Strotmann, Fachbereich Senioren

Frau Wedler, Fachbereich Senioren
Herr Sbresny, Fachbereich Soziales
Herr Beil, Fachbereich Soziales
für die Niederschrift

Tagesordnung:

I. Ö F F E N T L I C H E R T E I L

1. Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Einberufung und Beschlussfähigkeit sowie Feststellung der Tagesordnung

2. Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung am 19.01.2009 (öffentl. Teil)

3. Einwohner- und Einwohnerinnenfragestunde

4. Antrag der SPD-Ratsfraktion und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen: "Millenium-Erklärung zu nachhaltigem kommunalem Engagement" (Drucks. Nr. 0315/2009)

5. Neue Handlungsfelder Städtepartnerschaften (Informationsdrucks. Nr. 0331/2009 mit 2 Anlagen)

6. Repräsentativerhebung "Leben und Wohnen im Alter" (Informationsdrucks. Nr. 0384/2009 mit 1 Anlage)

7. Dringlichkeitsantrag der CDU-Ratsfraktion zu Obdachlosenunterkünften im Stadtgebiet Hannover (Drucks. Nr. 0644/2009)

8. Anfragen und Mitteilungen

II. N I C H T Ö F F E N T L I C H E R T E I L

9. Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung am 19.01.2009 (nichtöffentl. Teil)

10. Anfragen und Mitteilungen

I. Ö F F E N T L I C H E R T E I L

TOP 1.
Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Einberufung und Beschlussfähigkeit sowie Feststellung der Tagesordnung

Ratsfrau Wagemann eröffnete die Sitzung und stellte die ordnungsgemäße Einladung und Beschlussfähigkeit fest. Sie verwies auf den vorliegenden Dringlichkeitsantrag der CDU-Fraktion zum Thema „Obdachlosenunterkünfte“. Zu dem Thema, insbesondere zu Auskünften über den Bunker am Welfenplatz, werde Stadtrat Bodemann unter Tagesordnungspunkt 7 zur Verfügung stehen.

Ratsfrau Ike begründete den Antrag. Es sei guter Brauch im Sozialausschuss, dass sich der Sozialausschuss vor Ort über die Situation in sozialen Einrichtungen informiere. Im

vorliegenden Antrag gehe es zwar vorrangig um eine Besichtigung des Bunkers am Welfenplatz, es sollten aber auch weitere Unterkünfte wie in der Schulenburger Landstraße und in der Wörthstraße besucht werden.

Ratsfrau Dr. Koch erklärte, ihre Fraktion habe sich bereits in der Vergangenheit einen persönlichen Eindruck von den Unterkünften verschafft. Angesichts der Berichterstattung in den Medien über den Bunker werde sie aber der Dringlichkeit des Themas zustimmen.

Ratsherr List sah gleichfalls die Dringlichkeit als gegeben an, wenn auch seine Fraktion der Meinung sei, dass der Bunker sofort geschlossen werden solle.

Nachdem sich auch **Ratsfrau Studier** für die Dringlichkeit ausgesprochen hatte, ließ **Ratsfrau Wagemann** abstimmen und erklärte sodann, der Ausschuss habe sich einstimmig für eine dringliche Behandlung ausgesprochen. Sie schlage vor, den Antrag als neuen Punkt 7 auf die Tagesordnung zu nehmen.

Dagegen erhob sich kein Widerspruch.

TOP 2.
Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung am 19.01.2009 (öffentl. Teil)

Ratsfrau Dr. Koch bemängelte, unter Tagesordnungspunkt 1 sei das Abstimmungsergebnis über die Absetzung eines Tagesordnungspunktes nicht protokolliert. *[Anmerkung des Protokolls: Dem Antrag auf Absetzung des Tagesordnungspunkts 5 wurde mit 7 Ja-Stimmen bei einer Gegenstimme zugestimmt .]* Weiter seien ihre Ausführungen zum Wettbewerb „Landesprogramm Senioren-Service-Büro“ nicht vollständig wiedergegeben. Sie habe wörtlich ausgeführt, es handele sich um „einen Tropfen auf dem heißen Stein“, künftig müssten weitere Maßnahmen in den Bereichen Pflegestützpunkte und Pflegeberatung usw. erfolgen.

Herr Walter sagte zu, die Verwaltung werde die Ergänzungen in das Protokoll dieser Sitzung aufnehmen.

Die Niederschrift wurde bei einer Enthaltung mit Änderung genehmigt.

TOP 3.
Einwohner- und Einwohnerinnenfragestunde

Es wurden keine Fragen gestellt.

TOP 4.
Antrag der SPD-Ratsfraktion und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen: "Millenium-Erklärung zu nachhaltigem kommunalem Engagement" (Drucks. Nr. 0315/2009)

Ratsfrau Studier begründete den Antrag und äußerte die Erwartung, dass sich über die bereits erreichten Ergebnisse hinaus weitere positive Entwicklungen erzielen ließen.

Einstimmig
TOP 5.
Neue Handlungsfelder Städtepartnerschaften
(Informationsdrucksache Nr. 0331/2009 mit 2 Anlagen)

Ratsfrau Dr. Koch sagte, die Drucksache sei bereits im Kulturausschuss behandelt worden. Unter dem sozialpolitischen Aspekt wolle sie auf die Partnerschaft mit Malawi bzw. Blantyre eingehen. Im Kulturausschuss habe die Verwaltung darauf hingewiesen, dass Malawi große soziale Probleme habe, unter anderem herrsche dort eine Aids-Epidemie. Sie, Sprecherin, gehe davon aus, dass es schwierig sei, mit einer afrikanischen Stadt eine Städtepartnerschaft im herkömmlichen Sinn zu unterhalten. Allerdings sehe sie einen Zusammenhang mit dem vorherigen Beschluss zur Millenniumserklärung. Diese fordere unter anderem, Jugendliche für die Probleme der Länder auf der südlichen Halbkugel zu sensibilisieren. **Ratsfrau Dr. Koch** fragte, wie die Stadt Hannover den Freundeskreis Malawi bzw. Blantyre unterstütze und welche Möglichkeiten die Verwaltung sehe, in den nächsten Jahren den Dialog wieder aufzunehmen oder zu intensivieren.

Herr Walter verwies darauf, dass die Kulturverwaltung die Aktivitäten der Städtepartnerschaften koordiniere und zwar unabhängig vom jeweiligen sachlichen Inhalt. Im Jugend- und Sozialdezernat gebe es für Städtepartnerschaften keine eigenen Regularien.

Frau Ciecior führte aus, fußend auf einer Initiative von Frau Dr. Henkel und des Freundeskreises Malawi bestehe seit 1968 eine Städtepartnerschaft mit Blantyre. Diese sei von vornherein nicht so konzipiert gewesen wie Städtepartnerschaften mit europäischen Städten. Viele Jahre sei ein Fortbildungsprogramm für Krankenschwestern und Sozialarbeiter gefördert worden. Die Berufsfeuerwehr habe gleichfalls Unterstützung geleistet. Der Freundeskreis sei weiter aktiv und unterstütze eine vor vielen Jahren gebaute Schule. Die Stadt ihrerseits unterstütze den Freundeskreis. Im Jahr 2000 habe die Stadt Blantyre den Wunsch geäußert, etwas für Aids-Waisen zu tun und den Bau eines Schul- und Gesundheitszentrums angeregt. Die zwischenzeitlich gegründete Malawi-Stiftung habe sich dieses Anliegens angenommen, und inzwischen sei der erste Bauabschnitt fertig gestellt. Der zweite werde in Kürze begonnen.

Ratsfrau Studier verwies auf den Hinweis zur Einwerbung von Drittmitteln in der Drucksache und fragte nach dem Sachstand bzw. nach den Konsequenzen, falls nicht genügend Drittmittel eingeworben würden.

Frau Ciecior erläuterte, der in der Drucksache erwähnte Haushaltsansatz sei nicht mehr aktuell, er betrage inzwischen 118.200,00 Euro. Die Suche nach Drittmitteln orientiere sich an den Inhalten des jeweiligen Projekts, wobei man in der Vergangenheit recht erfolgreich mit unterschiedlichen Organisationen kooperiert habe.

Ratsfrau Ike interessierte sich für den Sachstand in Bezug auf Jugend und Schule und fragte, wie viele Schulen im Rahmen der Städtepartnerschaften aktiv seien und wer die Kosten für die Schülerinnen und Schüler finanziere.

Frau Ciecior antwortete, die Stadt könne sich an den Kosten nur in recht geringem Umfang beteiligen. Der klassische Schüleraustausch sei stark zurückgegangen, dies könne finanzielle Gründe haben. Allerdings erfordere der Schüleraustausch auch ein großes Engagement der Lehrerschaft. Nach ihrer Kenntnis unterhielten die Sophienschule und das Kurt-Schwitters-Gymnasium aktiv Kontakte mit Rouen und die Ricarda-Huch-Schule mit Perpignan. Zurzeit plane die IGS Kronsberg zusammen mit dem KroKus und der Medienwerkstatt einerseits und je 15 Schülerinnen und Schülern aus Poznan, Bristol und Hannover ein Filmprojekt. Dieses sei auf etwa ein Jahr angelegt. Es gebe zwar Zusagen zur Kostenbeteiligung von verschiedenen Stellen, aber auch hier müssten die Schülerinnen und Schüler einen nicht unerheblichen Eigenbeitrag leisten.

Ratsherr List erkundigte sich nach den Möglichkeiten, mehr bzw. bessere Öffentlichkeit für die Projekte herzustellen. Weiter erkundigte er sich nach Überlegungen zu weiteren

Partnerschaften mit östlichen Ländern bzw. der Türkei.

Ratsfrau Studier bat darum, den Ausschuss vorab zu informieren, falls Zahlen in Drucksachen nicht mehr aktuell seien.

Beigeordneter Engelke sagte, die erste Partnerschaft sei mit Bristol im Jahr 1947 geschlossen worden. In der Drucksache finde er sehr wenig konkrete Aussagen zu Auswirkungen der Partnerschaften für den Sozialbereich. Er frage, ob es in der Vergangenheit konkrete Auswirkungen etwa in dem Sinne gegeben habe, dass positive Erfahrungen aus Partnerstädten auf Hannover übertragbar gewesen seien.

Frau Ciecior führte aus, die Verwaltung versuche sehr wohl, das Interesse der örtlichen Medien für das Thema Städtepartnerschaften zu wecken. Allerdings fielen die Ergebnisse sehr unterschiedlich aus. Sofern es politisch beschlossen werde, sei die Einrichtung weiterer Partnerschaften durchaus vorstellbar. Grundsätzlich sollte jedoch die mit Hiroschima eingegangene Partnerschaft die letzte gewesen sein, nur ausnahmsweise habe der Rat 1987 eine weitere mit der Stadt Leipzig beschlossen. Im Übrigen werde heute vielfach der Weg sogenannter Projektpartnerschaften begangen.

Herr Walter erklärte, die Städtepartnerschaften hätten keine spezifische sozialpolitische Dimension. Die Sozial- und Jugendverwaltung sei eigentlich nur über den Jugendaustausch involviert. Dieser sei weitgehend von den Jugendverbänden organisiert worden. Im Vordergrund habe das Kennenlernen von Jugendlichen aus anderen Kulturen gestanden. Der Transfer von System-know-how sei dabei von untergeordneter Bedeutung.

Beigeordneter Engelke fragte sich, ob die Idee der klassischen Städtepartnerschaft nicht etwas überlebt sei, und es nicht sinnvoller erscheine, eher projektbezogen zu arbeiten. Konkret frage er, ob die Überlegungen in diese Richtung gingen.

Herr Walter erwiderte, dies könne die Jugend- und Sozialverwaltung nicht beantworten, da die Federführung für die Städtepartnerschaften bei der Schul- und Kulturverwaltung liege. Soweit der Jugendaustausch betroffen sei, sei zu bedenken, dass er unter dem Gesichtspunkt der Völkerversöhnung und -verständigung vor 60 Jahren initiiert worden sei. Inzwischen sei hier eine gewisse Normalität eingekehrt. Deshalb arbeite man auch im Jugendaustausch zunehmend projektorientiert. Beispielsweise könnten türkische Jugendliche aus Jugendzentren sich in Projekte in der Türkei zu Fragen der Migration einbringen.

Zur Kenntnis genommen

TOP 6.
Repräsentativerhebung "Leben und Wohnen im Alter"
(Informationsdrucksache Nr. 0384/2009 mit 1 Anlage)

Ratsfrau Wagemann wies eingangs darauf hin, dass neben der vorliegenden Zusammenfassung den Ausschussmitgliedern auch die vollständige Version der Auswertung zugegangen sei.

Ratsfrau Dr. Koch bat darum, auch auf Fragen der Methodik der Auswertung einzugehen.

Anhand einer Präsentation *[Anmerkung des Protokolls: Die Präsentation ist der Niederschrift beigefügt.]* erläuterte **Herr Dreves** Hintergründe und Ergebnisse der Befragung, die in Kooperation der Fachbereiche Planen und Stadtentwicklung sowie Senioren durchgeführt worden sei. Die Ergebnisse seien sowohl nach soziodemografischen

Merkmalen als auch nach Stadtteilen ausgewertet und dargestellt. Grundlage der Auswertung seien die Antworten auf einen Fragebogen mit 57 Fragen, der per Post an fast 21.000 nach dem Zufallsprinzip ausgewählte Personen verschickt worden sei. Die Auswahl sei aus ca. 157.000 Personen im Alter von 55 Jahren und älter getroffen worden. Die Altersgruppe der 55- bis 60-Jährigen habe man deshalb mit einbezogen, um eventuelle Änderungen in den Einstellungen noch Berufstätiger und nicht mehr berufstätiger älterer Menschen abzufragen. Der Fragebogen sei auch in türkischer und russischer Sprache verschickt worden. Ein Flyer in den zehn wichtigsten Sprachen sei ebenso verfügbar gewesen wie eine Telefon-Hotline und die Unterstützung durch die Formularslotsen des Senioren-Service. Die Rücklaufquote habe bei den deutschen Befragten 42 % und bei Migranten etwas mehr als 18 % betragen. Dies sei im Vergleich zu anderen Städten als durchschnittliches bis gutes Ergebnis zu betrachten. Die Ergebnisse seien repräsentativ nach Alter und Geschlecht. Abgefragt worden seien die Einschätzungen und Einstellungen zu zehn verschiedenen Themenbereichen. **Herr Dreves** stellte im Anschluss auszugsweise einige Ergebnisse der Befragung vor.

Ratsfrau Wagemann übergab den Vorsitz an Ratsfrau Dr. Koch und sagte, aus dem Ergebnis der Befragung und dem Vorgetragenen könne man zunächst einen positiven Eindruck über die Lebenssituation und die Einschätzungen der Befragten gewinnen. Einschränkungen könne man danach lediglich bei den älteren Menschen mit Migrationshintergrund machen. Sie würde interessieren, welche Folgerungen die Verwaltung aus der Befragung ziehe und welche Handlungsfelder sie sähe. Ratsfrau Wagemann übernham wieder den Vorsitz.

Frau Wedler sagte, insgesamt habe die Umfrage die Einschätzung bestätigt, dass sich die Seniorinnen und Senioren in Hannover relativ wohl fühlten. Die Ergebnisse in den einzelnen Stadtteilen seien jedoch sehr unterschiedlich. Dies sei mit den Akteuren vor Ort weiter zu erörtern. So scheine es erforderlich, mit den Wohnungsunternehmen das Thema „Barrierefreiheit“ intensiver zu besprechen.

Ratsfrau Ike stimmte dem zu und sagte, es gebe eine Reihe von Ergebnissen, die man noch näher betrachten und auf gegebenenfalls erforderliche Reaktionen hin überprüfen müsse. Dies gelte zum Beispiel für die Wohnsituation von Migranten, die offensichtlich als nicht sehr zufriedenstellend empfunden werde. Sie stelle sich die Frage, ob dies eventuell mit einer Gettobildung und damit zusammenhängenden Faktoren wie Geräuschbelästigung und anderen negativen Einflüssen zu tun haben könnte.

Herr Dickneite brachte seine Einschätzung zum Ausdruck, dass die Altersspanne zwischen 55 und 75 zu groß gewählt sei. Angesichts seiner persönlichen Situation könne er sagen, dass mit dem Ausscheiden aus dem Berufsleben sehr erhebliche Änderungen eintreten und sich damit auch Einschätzungen und Einstellungen zum Teil drastisch änderten. Bemerkenswert fände er darüber hinaus das Ergebnis der Befragung, dass für mobilitätseingeschränkte Menschen erheblicher Nachholbedarf bestehe. Die Angaben zu den verfügbaren Wohnflächen sähen auf den ersten Blick sehr positiv aus. Andererseits sei ihm bekannt, dass auch in Wohnungen für behinderte Menschen die Abstellflächen für Hilfsmittel zu knapp bemessen seien. In der Auswertung werde zwar auf die Größe der Bewegungsflächen, nicht jedoch darauf eingegangen, welchen positiven oder negativen Wert diese für bewegungsbeeinträchtigte Menschen hätten. Was die Frage nach Hilfen im Alter angehe, könne er nur betonen, dass dies von sehr unterschiedlicher Bedeutung in Abhängigkeit vom individuellen Alter sei.

Beigeordneter Engelke ging darauf ein, dass die Rücklaufquote bei Migrantinnen und Migranten erheblich geringer als bei Deutschen sei. Er erkundigte sich nach den Erfahrungen anderer Städte bzw. nach diesbezüglichen Ergebnissen bei anderen Befragungen. Im Übrigen schließe er sich der Einschätzung an, dass die Altersgrenze von

55 Jahren viel zu niedrig angesetzt sei. Diese Grenze sei nur zu vertreten, wenn weitere Differenzierungen vorgenommen würden.

Herr Dreves antwortete, dass die Ergebnisse bei Migrantinnen und Migranten zwar anders seien als bei Deutschen, aber grundsätzlich nicht negativer und in einigen Bereichen auch positiver. In der umfassenden Darstellung der Ergebnisse seien die Altersgruppen weiter ausdifferenziert, zum Beispiel würden sie dargestellt auf die Gruppe der 55- bis 59-Jährigen, sowie der 60- bis 64-Jährigen. Grundsätzlich sei es natürlich vorstellbar, andere Gruppen festzulegen. Generell sei es aber so, dass Veränderungen immer sehr subjektiv empfunden würden. Bei schriftlichen Befragungen sei es üblich, dass zwischen 15 und 20 % der angeschriebenen Migrantinnen und Migranten antworteten. Auch die von ihm erwähnten Hilfestellungen und -angebote hätten anscheinend keine wesentliche Wirkung gehabt. Dies lasse den Schluss zu, dass die Rücklaufquote nur über persönliche Interviews erhöht werden könnte, die aber in diesem Fall nicht finanzierbar gewesen seien.

Ratsfrau Studier zog das aus ihrer Sicht positive Zwischenresümee, dass die älteren Menschen ihre Lebensumstände zurzeit positiv einschätzten. In zehn bis 20 Jahren sähe das vermutlich anders aus, da die älteren Menschen dann oft kein durchgängiges Erwerbsleben aufweisen könnten. Nach dem Ergebnis der Umfrage wünschten sich 19 % der Älteren mehr seniorenspezifische Angebote. Liege das daran, dass es zu wenig Angebote gebe oder seien die vorhandenen zu wenig bekannt? Liege es unter Umständen auch an der räumlichen Verteilung der Angebote? In der Kurzfassung der Auswertung würden Sportangebote mit 14 % immerhin an 4. Stelle genannt und das interessanterweise unter den haushaltsnahen Diensten. Sie frage sich, wie in diesem Zusammenhang der Begriff der „haushaltsnahen Dienste“ zu verstehen sei. Bei den Wohnwünschen der älteren Menschen würden vorrangig Wohnungen mit wohnbegleitenden Dienstleistungen und Seniorenresidenzen fast gleichrangig und vorrangig gewünscht. **Ratsfrau Studier** bat um Auskunft, wie hier die Versorgungslage sei.

Ratsherr List sagte, mit 28 % sei eine relativ große Gruppe der Befragten sich noch nicht im Klaren über die Wohnwünsche im Alter, aber immerhin 26 % sprächen sich für Servicewohnen und 25 % für eine Seniorenresidenz aus. Diese Wohnmöglichkeiten seien alle recht kostenintensiv. Ihm sei nicht klar, ob den Befragten dies bei ihrer Antwort bewusst war.

Ratsfrau Dr. Koch merkte an, ihre Ausführungen seien eher Kommentare als Fragen. Nach ihrer Einschätzung würden die Einstellungen der Befragten stark von der Zugehörigkeit zu bestimmten Altersgruppen beeinflusst. So könne sie sich gut vorstellen, dass die Bereitschaft zum Wohnungswechsel mit zunehmendem Alter abnehme. Der Anteil von 20 % stufenlos zugänglicher Wohnungen habe sie überrascht, sie hätte diesen Anteil geringer eingeschätzt. Eine Reihe der Befragten habe Kritik wegen fehlender Bildungseinrichtungen geäußert. Ihr sei nicht klar, welche Bildungseinrichtungen damit konkret gemeint seien.

Herr Schulz zeigte sich über den hohen Anteil älterer Menschen erstaunt, die Wohneigentum besäßen. Soweit diese bekannt seien, würde er sich für Vergleichszahlen aus anderen Großstädten interessieren. Weiter fragte Herr Schulz, ob auch das Thema „Armut im Alter“ näher untersucht worden wäre und ob weitere Auswertungen zu speziellen Fragen möglich seien.

Frau Dr. Kaiser wies darauf hin, dass man bei jeder Frage auch darauf achten müsse, wie viele der Befragten sich dazu überhaupt geäußert hätten. So hätten auf die Frage nach den seniorenspezifischen Angeboten lediglich 36 % geantwortet, von denen wiederum 19 % Verbesserungsmöglichkeiten gesehen hätten. Sie halte die Annahme für zulässig, dass die Befragten, die sich nicht geäußert hätten, mit den vorhandenen Angeboten zufrieden seien.

Zur entsprechenden Nachfrage von **Ratsfrau Studier** sagte **Frau Wedler**, das Angebot des Service-Wohnens werde gut nachgefragt, und es gebe keine Leerstände. Die Aussagen zu den Alternativen des eigenständigen Wohnens ließen andererseits den Schluss zu, dass diese Möglichkeit noch nicht umfassend bekannt sei. Viele ältere Menschen sehen anscheinend nur die Möglichkeit des selbstständigen Wohnens oder den Umzug in eine Einrichtung.

Beigeordneter Engelke hielt einige Aussagen in der Zusammenfassung für zu pauschal. Er habe zum Beispiel Probleme mit der Aussage, dass 82 % der Älteren zufrieden seien. Die detaillierte Auswertung zeige dem gegenüber, dass es innerhalb der jeweiligen Altersgruppen doch unterschiedliche Aussagen der jüngeren Älteren und der älteren Älteren dazu gebe.

Frau Wedler machte noch einmal deutlich, dass es in der vorliegenden Zusammenfassung vorrangig darum gehe, die wesentlichen Ergebnisse zu allen zehn abgefragten Themenbereichen darzustellen. In diesem Rahmen sei es nicht möglich gewesen, auf die durchaus differierenden Einschätzungen der einzelnen Altersgruppen zu dem jeweiligen Thema einzugehen. Dies könne nur die umfangreiche Gesamtauswertung leisten.

Ratsfrau Wagemann bat darum, die Auswertung auch im Migrationsausschuss vorzustellen.

Zur Kenntnis genommen

TOP 7.
Dringlichkeitsantrag der CDU-Ratsfraktion zu Obdachlosenunterkünften im Stadtgebiet Hannover
(Drucks. Nr. 0644/2009)

Ratsfrau Ike begründete den Antrag inhaltlich. Es sei wichtig, die Unterkünfte persönlich in Augenschein zu nehmen. Sie plädierte weiter dafür, den Bunker am Welfenplatz nicht mehr als Notunterkunft anzubieten, sondern andere citynahe Angebote zu schaffen.

Ratsfrau Wagemann sagte, Herr Bodemann habe sie darauf hingewiesen, dass es sich beim Bunker nicht um eine Notunterkunft, sondern um eine Notschlafstätte handele.

Ratsfrau Dr. Koch fragte nach, welche Unterkünfte eigentlich gemeint seien, und ob beispielsweise die Tagesaufenthalte auch dazu gehören sollten. Die SPD habe bereits an einem von „Asphalt“ organisierten Rundgang in der Innenstadt teilgenommen, um die Situation aus der Sicht der Betroffenen kennen zu lernen.

Ratsfrau Ike erläuterte, ihre Fraktion sei lediglich an einer Besichtigung der Unterkünfte interessiert, in denen sich Obdachlose längere Zeit aufhalten könnten.

Ratsherr Förste meinte, die Recherchen des Journalisten Wallraff schienen eingeschlagen zu haben. Der vorliegende Antrag sei zwar nicht schlecht, aber etwas zahnlos, da er keine Konsequenzen vorsehe.

Ratsfrau Wagemann machte darauf aufmerksam, es gehe ausschließlich um den Antrag der CDU zur Durchführung einer Besichtigung. Inhaltliche Diskussionen zu dem Thema seien unter dem Punkt „Anfragen und Mitteilungen“ möglich.

Ratsherr List meinte, man müsse Herrn Wallraff für seinen Bericht dankbar sein. Die

Besichtigung sei wichtig, um sich einen eigenen Eindruck zu verschaffen und gegebenenfalls für halbwegs menschenwürdige Zustände sorgen zu können.

Beigeordneter Engelke sagte, er sei sich mittlerweile nicht mehr sicher, welche Art von Unterkunft die CDU besichtigen möchte.

Ratsfrau Lossin erklärte, nach ihrem Eindruck scheine allerseits Interesse an einer Besichtigung zu bestehen. Sie schlage vor, gegebenenfalls auch ohne förmlichen Beschluss der Verwaltung Wünsche für zu besichtigende Objekte zu übermitteln, damit diese eine entsprechende Besichtigungsfahrt organisieren könne.

Ratsfrau Jacob betonte, es gehe um die Sache. Wie der Antrag letzten Endes aussehe, sei zweitrangig. Die Politik müsse sich der in dem Zeitungsbericht vorgetragenen Vorwürfe annehmen, sich unmittelbar ein Bild vor Ort verschaffen und gegebenenfalls auf nicht haltbare Zustände reagieren.

Ratsfrau Wagemann fasste zusammen, dass offenkundig ein allgemeines Interesse daran bestehe, verschiedene Notunterkünfte einschließlich des Bunkers zu besichtigen.

Herr Bodemann erklärte, die Verwaltung sei bereit, eine Informationsfahrt zu verschiedenen Arten der Unterbringungsmöglichkeiten zu organisieren.

Ratsfrau Studier zeigte sich an diesem Angebot interessiert.

Beigeordneter Engelke mahnte zur Vorsicht in Bezug auf die Glaubwürdigkeit des erwähnten Zeitungsberichtes, da letzten Endes damit auch Geld verdient werden sollte. Insofern sei es wichtig, sich ein eigenes Bild zu verschaffen.

Ratsfrau Fischer regte an, den Antrag zurückzuziehen, da er sich nach dem bisherigen Verlauf der Diskussion erübrigt habe. Dies lehnte Ratsfrau Jakob ab.

Ratsfrau Wagemann stellte fest, der Antrag der CDU-Fraktion sei zwar abgelehnt, gleichwohl habe die Verwaltung zugesagt, eine Besichtigung der Unterkünfte zu organisieren.

Dringlichkeit einstimmig zuerkannt. Mit 4 Ja-Stimmen, 5 Nein-Stimmen und 1 Enthaltung inhaltlich abgelehnt.

TOP 8.
Anfragen und Mitteilungen

1.) Auf Bitten von **Ratsfrau Wagemann** informierte **Herr Bodemann** über die Situation im Bunker an der Celler Straße und wies einleitend darauf hin, dass es sich hierbei um eine Notschlafstelle handele, die im Gegensatz zu anderen Unterkünften kurzfristig und ohne bürokratisches Prozedere von Obdachlosen genutzt werden könne. Der Aufenthalt sei allerdings auf eine Nacht beschränkt. Der Unterbringung in anderen Unterkünften sei ein Aufnahmeverfahren vorgeschaltet, das einige Zeit in Anspruch nehme. Auf die Ankündigung von **Herrn Bodemann**, im Nachfolgenden schriftlich gestellte Fragen der Fraktion BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN zu beantworten, fragte **Ratsfrau Jakob**, ob die anderen Fraktionen die Fragen auch erhalten hätten. **Herr Walter** wies dazu darauf hin, dass die Fragen ursprünglich seinem Dezernat zugeleitet worden seien. Er habe die anfragende Fraktion darauf aufmerksam gemacht, dass sachlich zuständig das Baudezernat sei. Es entspreche dem üblichen Verfahren, derartige Fragen im

Ausschuss zu beantworten. Anders verfahre die Verwaltung dann, wenn sie um schriftliche Antwort gebeten werde. In diesen Fällen informiere sie im Interesse einer gleichmäßigen Information auch die anderen Fraktionen sowohl über die Fragen als auch die Antworten der Verwaltung.

Herr Bodemann verlas sodann die 1. Frage der Fraktion BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN: „Was hat die Verwaltung direkt nach Bekanntmachung des aktuellen Anlasses unternommen, um kurzfristig die Sicherheit und den verträglichen Betrieb der Unterkunft zu gewährleisten oder gegebenenfalls die Einrichtung kurzfristig zu schließen?“ Die Verwaltung habe am 5. März die Presse vor Ort über den Bunker informiert und noch am gleichen Tag ein Gespräch mit der Sicherheitsfirma geführt. Diese wurde nachdrücklich darauf aufmerksam gemacht, dass der Haupteingang auf keinen Fall verschlossen werden dürfe und Frauen nicht im Bunker übernachten dürften. Am Freitag sei die Berufsfeuerwehr gebeten worden, die Einhaltung der Vereinbarungen des Nachts in unregelmäßigen Abständen zu kontrollieren. Im Laufe der letzten Woche sei veranlasst worden, dass eine Sichtverbindung von der Wachstube zu den übrigen Räumen geschaffen wird. Weiter sei die Sicherheitsfirma aufgefordert, die täglichen Berichte, die per Fax an die Verwaltung gingen, ausführlicher abzufassen und auch über vermeintlich nicht so wichtige Vorkommnisse zu berichten. Da zurzeit keine andere Notschlafstätte zur Verfügung stehe, sei eine Schließung des Bunkers kurzfristig nicht geplant.

Als nächstes ging **Herr Bodemann** auf die Frage ein: „Hat es bereits in der Vergangenheit Kritik am Bunker gegeben, und wie wurde dieser Kritik nachgegangen?“ Kritik genereller Art habe es an der Einrichtung nicht gegeben. Sicherlich sei die Personengruppe nicht unproblematisch, Diebstahl und Gewalt könnten nicht vollständig ausgeschlossen werden. Zur Vorbeugung habe die Verwaltung unter anderem einen Schrank mit verschließbaren Fächern angeschafft. Das Aufsichtspersonal sei im Umgang mit Gewalt geschult und könne im Zweifel schnell den Kontakt zur Polizei herstellen. **Herr Bodemann** machte darauf aufmerksam, dass er auf die Frage 3 im Öffentlichen Teil nicht eingehen könne, da sie sich auf Vertragsinhalte beziehe.

Die Frage 4 lautet: „Welche Mängel gibt es im Bunker in Bezug auf die baulichen und räumlichen Rahmenbedingungen und in Bezug auf die Nutzung als kurzfristige Unterkunft für Wohnungslose?“ **Herr Bodemann** sagte, in seiner Stellungnahme werde er im Wesentlichen auf die in der „Zeit“ beschriebenen Kritikpunkte eingehen. Die Gemeinschaftsschlafräume seien mit Vorhängen vom Flur abgetrennt, damit das Sicherheitspersonal in Notsituationen schneller eingreifen könne. Geplant sei, künftig neben den Gemeinschaftsräumen auch Einzelunterkünfte anzubieten. Die Toiletten seien mit Klapptüren ausgestattet, um auch hier einen schnellen Zugang zu ermöglichen. Die Verwaltung prüfe, ob die Türblätter verlängert werden und Möglichkeiten zum Verschließen der Türen installiert werden könnten. Ein ausreichend beschilderter Notausgang sei vorhanden. Aber auch hier prüfe die Verwaltung, ob Verbesserungen möglich seien.

Ratsfrau Wagemann erklärte, sie habe sich mit der Verwaltung bereits darauf verständigt, auf die Frage 3 im nichtöffentlichen Teil einzugehen.

Beigeordneter Engelke meinte, angesichts der von der Verwaltung angedachten Verbesserungen scheine an der Berichterstattung etwas dran zu sein. Er frage, ob die Einrichtung jemals auf ihre baurechtliche Ordnungsmäßigkeit hin überprüft worden sei. Weiter frage er, ob und gegebenenfalls wie häufig die Verwaltung die Einrichtung auch außerhalb der Bürozeiten überprüfe und ob dies auch unangekündigt geschehe.

Ratsfrau Schlienkamp erkundigte sich, wie viele Menschen sich durchschnittlich in der Unterkunft aufhielten, ob dies auch während der wärmeren Jahreszeit der Fall sei und

wie viel sie der Aufenthalt dort koste.

Ratsfrau Jakob zog aus den bisherigen Antworten der Verwaltung den Schluss, dass an eine kurzfristige Schließung des Bunkers offensichtlich nicht gedacht sei. Sie bat um Auskunft, ob längerfristig an eine Verlagerung der Plätze und die Anbindung an eine andere Einrichtung gedacht sei, um die Betreuung auch dieses Personenkreises zu verbessern.

Ratsfrau Studier dankte der Verwaltung für die bisherigen Antworten auf die gestellten Fragen und meinte, die kurzfristige Schließung des Bunkers ohne die Verfügbarkeit von Alternativen wäre vermutlich keine geeignete Lösung.

Herr Bodemann erklärte, die Einrichtung entspreche selbstverständlich den baurechtlichen Vorschriften. Soweit er auf die Überprüfung der Beschilderung der Notausgänge eingegangen sei, geschehe das im Hinblick auf die besondere Personengruppe, die sich dort aufhalte. Im Übrigen sei die Einrichtung auch noch als Schutzraum für Katastrophenfälle vorgesehen und werde auch insofern regelmäßig geprüft. **Herr Danschick** ergänzte, die erforderlichen baurechtlichen Genehmigungen für die jetzige Nutzung lägen vor. Er persönlich überprüfe den Bunker relativ häufig und dies auch unangekündigt bis 22.00 Uhr. Für die Überprüfung der anderen Unterkünfte seien Verwalter eingesetzt, die sich dort regelmäßig aufhielten. Auf Nachfrage von **Ratsfrau Jakob** sagte **Herr Danschick**, nach seiner Erinnerung sei er vor dem Bericht in der „Zeit“ zuletzt Anfang 2009 im Bunker gewesen. Bei seinen Besuchen habe er keine Unregelmäßigkeiten festgestellt.

Beigeordneter Engelke fasste zusammen, aus seiner Sicht sei der Bericht in der „Zeit“ auch unter dem Gesichtspunkt zu bewerten, dass Herr Wallraff ein nicht unumstrittener Journalist sei. Für ihn auffällig sei die sachliche Berichterstattung über das Thema in der örtlichen Presse gewesen. Der Bunker sei eine niedrigschwellige Einrichtung, die Obdachlosen kurzfristig und unbürokratisch eine Unterkunft biete. Die Verwaltung habe für ihn schlüssig dargelegt, dass der Bunker diese Aufgabe mit geringfügigen Verbesserungen durchaus erfülle und man niemanden fragen müsse, ob er sich dort wohlgefühlt habe. Das in der Presse abgebildete Foto mit dem etwas martialisch wirkenden Vorhängeschloss gewinne eine andere Bedeutung, wenn man wisse, dass es zusätzlich einen nicht versperrten Notausgang gebe. Nach dem bisherigen Sachvortrag der Verwaltung stimme er zu, dass der Bunker erhalten werden solle.

Ratsfrau Jakob stellte klar, es gehe ihr nicht darum, dass dort jemand selbst übernachten solle. Sie hätte es aber für ratsam gehalten, nach der negativen deutschlandweiten Berichterstattung direkt mit Betroffenen zu sprechen. Dies hätte möglicherweise einen ganz anderen Eindruck vermittelt als eine angekündigte Besichtigung, auf die man sich entsprechend vorbereiten könne.

Ratsfrau Wagemann übergab den Vorsitz an Ratsfrau Dr. Koch und dankte der Verwaltung für ihre ausführlichen Darlegungen zum Sachverhalt. Es erscheine ihr wichtig, dass die erörterten Fragen heute angesprochen und geklärt wurden. Zur Berichterstattung durch Herrn Wallraff habe sie eine etwas andere Auffassung. Er berichte über Bereiche des Alltags, die ansonsten nicht im Blickpunkt der Öffentlichkeit stünden. Ratsfrau Wagemann übernahm wieder den Vorsitz.

2.) **Herr Walter** wies darauf hin, das verteilte Programm mit Frühlingsaktivitäten für Senioren sei erstmals gemeinsam von allen Organisationen herausgegeben worden, die in der offenen Altenhilfe aktiv seien.

Auf Nachfrage von **Ratsfrau Ike** sagte **Herr Walter**, der Seniorenbeirat werde

voraussichtlich Ende März seine neuen Geschäftsräume beziehen.

3.) Ratsfrau Studier erkundigte sich nach dem Sachstand der Ratsaufträge zu einem „Runden Tisch“ mit den Stadtwerken zur Vermeidung von Härtefällen und zum Hannover Aktiv-Pass. Zu letzterem äußerte sie die Bitte, das Konzept unverzüglich nach Fertigstellung und nicht mit den normalen Sitzungsunterlagen an den Ausschuss zu versenden. Herr Walter erwiderte, der Ratsauftrag zur Einführung des Hannover Aktiv-Pass sei sehr komplex und erfordere die Beteiligung einer Vielzahl von Stellen. Die Verwaltung bemühe sich zwar darum, den Antrag für die Sitzung im April vorzulegen, könne dies aber nicht zusichern. Herr Sbresny fuhr fort, die Stadtwerke hätten ihrerseits zu einer Arbeitstagung eingeladen, bevor die Stadt wegen der Gründung einer Arbeitsgruppe zur Vermeidung sozialer Härten bei der Einstellung von Energielieferungen habe einladen können. Zu der Tagung seien unter anderem die Wohlfahrtsverbände, die Verbraucherzentrale und die Region Hannover eingeladen gewesen. Dabei sei ein Mengenproblem deutlich geworden. Die Stadtwerke verschickten jährlich etwa 150.000 Zahlungserinnerungen, 131.000 Mahnungen und 45.000 Androhungen der Sperre. Tatsächlich gesperrt werde die Energiezufuhr in etwa 5.300 Fällen. Die Stadtwerke hätten deutlich gemacht, dass sie aufgrund der vertraglichen Verhältnisse keine Kenntnis über die persönlichen Verhältnisse ihrer Kunden hätten. Weiter hätten sie angeregt, ein ähnliches Treffen zweimal im Jahr durchzuführen und für einen Erfahrungsaustausch zu nutzen. Sobald die von den Stadtwerken zugesagten Unterlagen vorlägen, werde die Verwaltung zu einer Arbeitsgruppensitzung im Sinne des Ratsauftrages einladen.

Ratsherr List fragte, ob daran gedacht sei, dass die von den Stadtwerken initiierte Arbeitsgruppe im Sozialausschuss berichte. Dazu legte Herr Walter dar, die Stadtwerke hätten eindeutig und zutreffend klar gemacht, dass der Umgang mit ihren Kunden Bestandteil ihrer Geschäftspolitik sei und nicht in die Zuständigkeit der Stadtverwaltung falle. Dennoch hätten sie sich bereit erklärt, an einem Austausch von Erfahrungen und Anregungen mitzuwirken.

4.) Ratsfrau Wagemann erinnerte daran, dass die Verwaltung einer Informationsdrucksache zu einem Qualifizierungsprogramm für Prostituierte vorgelegt habe. Nach ihren Informationen gebe es Probleme bei der Umsetzung. Herr Heindorf führte aus, für ein derartiges Projekt gebe es keine Regelfinanzierung, und die betroffenen Frauen hätten keinen Rechtsanspruch auf finanzielle Förderung. Insofern habe sich die Finanzierung ursprünglich schwierig gestaltet. Inzwischen lägen jedoch Zusagen von der N-Bank des Landes und der ARGE vor. Die Verwaltung hoffe, in Kürze darüber informieren zu können, dass das Projekt voll finanziert sei und keine städtischen Mittel erforderlich wären.

5.) Herr Walter bat um Verständnis, dass er aus gesundheitlichen Gründen in den beiden kommenden Sitzungen voraussichtlich verhindert sei und sich vertreten lassen müsse.

II. N I C H T Ö F F E N T L I C H E R T E I L

Ratsfrau Wagemann schloss die Sitzung.

Walter Stadtrat	Bodemann Stadtrat	Beil für die Niederschrift

Antrag
(Antrag Nr. 0315/2009)

Eingereicht am 06.02.2009 um 12:20 Uhr.

Ratsversammlung 26.02.2009

Antrag der SPD-Ratsfraktion und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen:
"Millenium-Erklärung zu nachhaltigem kommunalem Engagement"

Antrag zu beschließen:
Die Verwaltung wird aufgefordert, der Milleniums-Erklärung der Mitgliedskommunen des Deutschen Städtetags (siehe Anlage) beizutreten und im Sinne nachhaltigen kommunalen Engagements umzusetzen. Als Beitrag zur Umsetzung der Milleniums-Erklärung erfolgen durch die Verwaltung insbesondere nachstehende Maßnahmen:

1. Die Verwaltung weitet ihre Aktivitäten zur Information und Bewusstseinsbildung über die Milleniums-Entwicklungsziele in kommunalen Einrichtungen wie z.B. Schulen, Jugendzentren, Freizeitheimen sowie in der allgemeinen Öffentlichkeit aus.

2. Die Verwaltung prüft Möglichkeiten zum Einsatz ´fair gehandelter Produkte´ in der Verwaltung, auf kommunalen Veranstaltungen, in Schulen, Kindergärten etc. und legt im September 2009 ein Konzept zur Umsetzung vor.

Begründung

Mit Unterzeichnung des 10-Punkte Programms der „Aalborg Commitments“ im Juni 2004 war die Landeshauptstadt Hannover die Verpflichtung zur tatkräftigen Unterstützung einer nachhaltigen kommunalen Entwicklung eingegangen. Mit einem Beitritt zur Milleniums-Erklärung würde sie ihr Bekenntnis zu einem nachhaltigen Engagement bekräftigen. Damit würde sie folgende, von den Vereinten Nationen im Jahr 2000 verabschiedeten Milleniums-Entwicklungsziele für eine bessere, gerechtere und sicherere Welt begrüßen und in ihrem kommunalen Einflussbereich unterstützen:

Ziel 1: Bekämpfung von extremer Armut und Hunger (Halbierung bis 2015)
Ziel 2: Primarschulbildung für alle
Ziel 3: Gleichstellung der Geschlechter / Stärkung der Rolle der Frauen
Ziel 4: Senkung der Kindersterblichkeit

Ziel 5: Verbesserung der Gesundheitsversorgung der Mütter
Ziel 6: Bekämpfung von HIV/AIDS, Malaria und anderen schweren Krankheiten
Ziel 7: Ökologische Nachhaltigkeit
Ziel 8: Aufbau einer globalen Partnerschaft für Entwicklung

Während die Umsetzung dieser Milleniumsziele bis zum Jahr 2015 erfolgen sollte, wurde beim Entwicklungsgipfel der Vereinten Nationen im September 2008 in New York im Rahmen einer Bestandsaufnahme festgestellt, dass zur Umsetzung der Ziele eine Forcierung der Maßnahmen erforderlich ist. UN-Generalsekretär Ban Ki Moon hat deshalb die internationale Gemeinschaft aufgefordert, ihre Anstrengungen zur Bekämpfung der Armut zu intensivieren. Neben finanziellen Mitteln für Maßnahmen brauchen die Millennium-Entwicklungsziele allerdings auch mehr Öffentlichkeit, unter anderem durch die Kommunen. Daher ruft der Deutsche Städttag die Mitgliedskommunen auf, die Milleniums-Erklärung mitzutragen. Mehr als 70 deutsche Städte und Gemeinden haben die Millennium-Erklärung des Deutschen Städtetags, des Deutschen Städte- und Gemeindebundes oder der Weltunion der Kommunen bereits unterzeichnet und dadurch ihr Bekenntnis zu nachhaltigem kommunalem Engagement bekräftigt.

Christine Kastning
Fraktionsvorsitzende

Lothar Schlieckau
Fraktionsvorsitzender

18.60
Hannover / 10.02.2009

Deutscher Städtetag

Millenniums-Erklärung der Mitgliedskommunen des Deutschen Städtetages

Die Stadt

Begrüßt die von den Vereinten Nationen im Jahre 2000 verabschiedeten Millenniums-Entwicklungsziele (Millennium Development Goals MDGs) für eine bessere, gerechtere und sicherere Welt,

Betont, dass sich die Verpflichtungen aus der Millenniumserklärung der Vereinten Nationen zwar in erster Linie an die Regierungen der 189 Mitgliedstaaten der Vereinten Nationen richten, die die Erklärung unterschrieben haben,

Äußert aber gleichwohl ihren Willen, im Rahmen ihrer Möglichkeiten an der Verwirklichung der Millenniums-Entwicklungsziele mitzuwirken und

Will in diesem Sinne prüfen, inwieweit folgende Aktivitäten realisiert werden können:

I. Maßnahmen der Information und Bewusstseinsbildung

- Durchführung eigener Aktionen und die Unterstützung von Aktionen Dritter mit dem Ziel, die Information über die Millenniums-Entwicklungsziele in der Bevölkerung zu verbreitern und somit das Bewusstsein für die damit angesprochenen Probleme zu wecken und Denkanstöße zu geben

- Förderung von Dialog und Zusammenarbeit mit ausländischen Mitbürgern/innen, insbesondere aus den Weltregionen, auf die sich die Anstrengungen der

Millenniums-Entwicklungsziele richten, in kommunalen Einrichtungen (z. B. Kindergärten, Schulen, Jugendzentren, Bibliotheken, Museen, Volkshochschulen, Freizeiteinrichtungen), um so durch direkte Kontakte ein für viele Mitbürger/innen vergleichsweise abstraktes Thema begreiflicher zu machen

II. Maßnahmen der Vernetzung und Konzentration von Aktivitäten

- Werbung für und Unterstützung eines breiten Bündnisses von lokalen Akteuren (Nichtregierungsorganisationen, Schulen, Universitäten, örtliche Wirtschaft und örtliches Handwerk, Kirchen usw.), um den Bestrebungen und Aktivitäten zur Erreichung der Millenniums-Entwicklungsziele eine möglichst breite Verankerung und Beständigkeit zu geben.

- Ausrichtung der kommunalen Partnerschaftsarbeit auf Erreichung der Millenniums-Entwicklungsziele (z. B. Aufnahme des Themas in die Arbeitsprogramme mit den Städtepartnern und Austausch über Aktivitäten in den Partnerkommunen bzw. Durchführung gemeinsamer Aktionen)

III. Maßnahmen zur Förderung einer global denkenden und in diesem Sinne Verantwortung übernehmenden Kommunalpolitik

- Überprüfung des eigenen kommunalen Handelns auf Verhaltensmuster, die dem Grundsatz der Einen Welt verpflichtet sind und die damit auch die allgemeine Grundlage der Millenniums-Entwicklungsziele unterstützen (z.B. Einsatz fair gehandelter Produkte in der Verwaltung, Schulen, Krankenhäusern, Kindergärten und auf kommunalen Veranstaltungen, faires und nachhaltiges Beschaffungswesen in den Bereichen Energie, Baustoffe, Dienstbekleidung, Bürobedarf, Einsatz energiesparender Fahrzeuge, Maßnahmen zur Energieeffizienz usw.)

IV. Maßnahmen zur Unterstützung der Kommunen in den Ländern des Südens

- Erweiterung des bestehenden Partnerschaftsnetzes auf Dreieckspartnerschaften mit einer oder mehrerer Kommunen aus EU-Ländern und einer Kommune aus den Ländern des Südens

- Förderung starker, selbstverwalteter Kommunen in den Entwicklungsländern durch Unterstützung des kommunalen fachlichen Wissenstransfers im Rahmen des Einsatzes von kommunalen Experten/innen in kommunalen Entwicklungsprojekten erfahrener Einrichtungen der Entwicklungszusammenarbeit

Ist der Überzeugung, dass das kommunale Engagement im Rahmen der Millenniums-Entwicklungsziele auch dazu beitragen kann, der wachsenden Armutswanderung nach Europa entgegenzuwirken

Fordert die Bundesregierung auf, den Willen der Kommunen, ihren Beitrag zur Erreichung der Millenniums-Entwicklungsziele zu leisten, anzuerkennen und sie stärker als Akteure der Entwicklungszusammenarbeit zu berücksichtigen

Ort Datum Titel, Funktion, Unterschrift

Landeshauptstadt Hannover

Informations-
drucksache

In den Stadtentwicklungs- und Bauausschuss
In den Ausschuss für Umweltschutz und Grünflächen
In den Sportausschuss
In den Kulturausschuss
In den Ausschuss für Arbeitsmarkt-, Wirtschafts- und Liegenschaftsangelegenheiten
In den Gleichstellungsausschuss
In den Schulausschuss
In den Jugendhilfeausschuss
In den Migrationsausschuss
In den Sozialausschuss

Nr. 0331/2009
Anzahl der Anlagen 2
Zu TOP

Neue Handlungsfelder Städtepartnerschaften

Ausgangssituation:

Die Städtepartnerschaftsbewegung ist nach Ende des Zweiten Weltkriegs entstanden, um sich möglichst durch die direkte Begegnung entsprechender Partner aus den Partnerstädten einen Beitrag zur Völkerverständigung und Friedenssicherung zu leisten. Dabei sind unter Städtepartnerschaften förmliche, zeitlich und sachlich nicht begrenzte Verbindungen zwischen zwei Gebietskörperschaften zu verstehen, die auf einem Partnerschaftsvertrag oder einer Partnerschaftsurkunde beruhen. Hannover verbinden Städtepartnerschaften mit folgenden Städten:

Bristol (seit 1947), Perpignan (1960), Rouen (1966), Blantyre (1968), Poznan (1979), Hiroshima (1983) und Leipzig (1987).

Das ursprüngliche Ziel der Städtepartnerschaftsarbeit kann erfreulicherweise als weitestgehend erreicht betrachtet werden. An seine Stelle sind die Themen und Aufgaben für das 21. Jahrhundert getreten wie z.B. Kultur und Bildung, Migration und Integration, AGENDA 21/nachhaltige Entwicklung, Klimaschutz. Die gemeinsame Erfahrung, das Vertrauen und die Netzwerke, die über viele Jahre städtepartnerschaftlicher Zusammenarbeit entwickelt worden sind, bilden eine stabile Basis um sich diesen Herausforderungen gemeinsam zu stellen.

Zukünftiges Aufgabenprofil:

Als besonders geeignet für das gegenseitige voneinander Lernen hat sich die projektbezogene Kooperation mit der gemeinsamen Bearbeitung eines Themas und dem Ziel eines gemeinsamen Produktes erwiesen. Unter Nutzung der bisherigen Erfahrungen werden folgende vier Handlungsfelder konkretisiert:

1. Handlungsfeld Jugend / Schule

Dieses Handlungsfeld spielt schon seit längerer Zeit eine wichtige Rolle für die Städtepartnerschaftsarbeit. Aufgrund der nachfolgend aufgeführten positiven Rahmenbedingungen soll es intensiviert werden:

- Die Umstellung von Schulen auf den Ganztagsbetrieb eröffnet Möglichkeiten, außerschulische Angebote mit dem Schulalltag zu verbinden (z.B. über AGs).
- Von Jugendlichen wird für einen erfolgreichen beruflichen Werdegang zunehmend der Erwerb von Schlüsselkompetenzen gefordert. Wissenschaftliche Studien haben belegt, dass internationale Arbeit und kulturelle/künstlerische Arbeit hierfür eine gute Grundlage bieten. Mit den Kompetenznachweisen Kultur und International stehen Instrumente zur Verfügung, die erworbenen Kompetenzen auch sichtbar zu machen.
- Hannoversche Schulen haben großes Interesse an neuen Schulpartnerschaften (insbesondere mit Schulen in Großbritannien), das bisher nicht befriedigt werden kann.
- Das städtische Kulturbüro hat zusammen mit städtischen und außerstädtischen Partnern bereits eine Vielzahl von internationalen Jugendkulturprojekten initiiert und durchgeführt. Diese Projekte richteten sich an die genannte Zielgruppe, sie haben außerschulische Angebote mit dem Schulalltag verbunden und in Kombination von internationalen Werkstätten mit parallel verlaufender Arbeit in den beteiligten Städten intensive Kooperationsformen hervorgebracht. Diese Erfahrungen sollen für die weitere Arbeit genutzt werden.

Mit Vertretern aus Bristol, Poznan, Rouen, Perpignan und Leipzig sollen konkrete Angebote im Handlungsfeld entwickelt werden, wobei die folgenden Themen in Beteiligungsprozessen vorrangig behandelt werden sollen.

Gewalt an Schulen
Gesundheit in der Schule (Ernährung und Bewegung, Lärmbelästigung etc.)
Nachhaltiger Konsum
Demokratie

Die zu wählenden Arbeitsformen orientieren sich an den Möglichkeiten und Bedürfnissen der konkreten Teilnehmergruppe (u.a.Einbeziehung Benachteiligter, Förderung Höherbegabter). Die internationale Zusammenarbeit wird in die lokalen Strukturen integriert.

2. Handlungsfeld Stadtpolitische Themen

Die Lösung komplexer Aufgaben wird von den Kommunen weltweit erwartet. Die Zusammenarbeit mit den durch die Partnerschaft verbundenen Städten und Gemeinden kann Handlungsansätze bieten. Als Themen sind beispielhaft zu nennen

Lokaler Integrationsplan
AGENDA 21 und Millenniumsentwicklungsziele
Handlungsplan Jugend und Bildung
Kommunales Klimaschutzprogramm.

3. Handlungsfeld internationale berufliche Qualifizierung

In den vergangenen Jahren hat es häufig Anfragen nach Praktikumsplätzen aus den französischen Partnerstädten Rouen und Perpignan gegeben, ebenso werden von hannoverscher Seite Praktika dort gewünscht. Durch die Einrichtung von Studiengängen, die europäische Ansätze verfolgen, ist in der Regel ein Auslandspraktikum gefordert. Die Auslandspraktika sind eine gute Vorbereitung und helfen oft beim ersten Einstieg junger Hochschulabsolventen in die Arbeitswelt. Global ausgerichtete Unternehmen erwarten heute neben einer qualifizierten Ausbildung auch eine internationale Orientierung, Fremdsprachenkenntnisse und praktische Erfahrungen im Ausland.

Die Initiative Wissenschaft Hannover, in der sich alle hannoverschen Hochschulen, wissenschaftlichen Einrichtungen, die VolkswagenStiftung und die Landeshauptstadt Hannover engagieren, hat in den letzten Jahren ihre Welcome- und Serviceangebote für ausländische Studierende ausgebaut. Die Studierenden werden über städtische Angebote informiert und haben die Gelegenheit, auf einer „Praktikumsbörse“ namhafte Unternehmen der Region kennen zu lernen. Eine Kooperation und Erweiterung der Strukturen und die gezielte Einbindung der Partnerstädte ist denkbar und wünschenswert.

Ferner wird eine Zusammenarbeit mit der Agentur für Arbeit, der IHK und der Handwerkskammer bei der Betreuung von PraktikantInnen angestrebt. Die Unterstützung des Deutsch-Französischen Jugendwerkes wird möglich.

4. Handlungsfeld kommunaler und politischer Erfahrungsaustausch mit den Partnerstädten zu ausgewählten Themen

- Agenda 21/Klimaschutz
- Kleinkindbetreuung
- Migration/Integration
- Demografischer Wandel
- Wissenschaft und Forschung

Beim Treffen offizieller Ratsdelegationen anlässlich der Jubiläumsfeiern 2007/2008 mit Rouen, Bristol, Leipzig und Hiroshima hat ein reger Austausch kommunalpolitischer Erfahrungen stattgefunden. Von allen beteiligten Ratsvertretern wurde eine verstärkte Zusammenarbeit gewünscht.

Die hier aufgezeigten Handlungsfelder betreffen nach jetziger Einschätzung unsere verschiedenen Städtepartnerschaften folgendermaßen: Bristol (1, 2, 3, 4), Perpignan (1, 3, 4), Rouen (1, 2, 3, 4), Poznan (1, 2, 4), Leipzig (1, 2, 4), Hiroshima (4).

Die Handlungsfelder müssen mit den Partnerstädten abgestimmt werden. Es sollten Arbeitsprogramme für einen Zeitraum von drei Jahren entwickelt werden.

Die bewährten Kooperationen der bisherigen Arbeit sollen davon unabhängig fortgeführt werden. Eine beispielhafte Aufzählung zeigt die Anlage 1, ebenso eine Auflistung der Gruppen, Vereine und Verbände, die mit Partnerstädten Austausch pflegen (Anlage 2).

Kosten

Im Haushaltsplanentwurf 2009 sind in der Haushaltsmanagement-Kontierung 0040.000-600000 **20.700 €** und in der Haushaltsmanagement-Kontierung 0040.000 610100 **60.000 €** vorgesehen.

Zur Finanzierung des Gesamtprogramms ist die Einwerbung von Drittmitteln dringend erforderlich.

Berücksichtigung von Gender-Aspekten
Mit den neuen Handlungsfeldern ist keine gruppenbezogene Bevorzugung oder Benachteiligung verbunden.

Kostentabelle

Darstellung der zu erwartenden finanziellen Auswirkungen: (HMK = Haushaltsmanagementkontierung)

Investitionen	**in €**	**bei HMK (Deckungsring)/ WipI-Position**	**Verwaltungs-haushalt; auch Investitions-folgekosten**	**in € p.a.**	**bei HMK (Deckungsring)/ WipI-Position**
Einnahmen			**Einnahmen**		
Finanzierungs-anteile von Dritten			Betriebsein-nahmen		
sonstige Ein-nahmen			Finanzeinnah-men von Dritten		
Einnahmen insgesamt	0,00		Einnahmen insgesamt	0,00	
Ausgaben			**Ausgaben**		
Erwerbsaufwand			Personal-ausgaben		
Hoch-, Tiefbau bzw. Sanierung			Sachausgaben	80.700,00	
Einrichtungs-aufwand			Zuwendungen		
Investitionszu-schuss an Dritte			Kalkulatorische Kosten		
Ausgaben insgesamt	0,00		Ausgaben insgesamt	80.700,00	
Finanzierungs-saldo	0,00		**Überschuss/ Zuschuss**	-80.700,00	

41.1
Hannover / 12.02.2009

Anlage 1

Fortführung bestehender Angebote

Kulturbüro

Bristol
- „Full House“ - ein internationales Jugendfilmprojekt
- Einbeziehung in den Kunstaustausch (2009 Gartenregion)

Perpignan
- Fortführung des Kulturaustausches - Ausstellungen, Konzerte (2009 Gartenregion)
  Artist in Residence

Rouen
- Fortführung der Kooperationen seit 2006/2007
- Im Musikalischen Bereich - Musikhochschulen - Musikschulen
  Chöre, Orchester, Ensembles
- Kunstaustausch (2009 Gartenregion)

Blantyre
- Unterstützung des Freundeskreises Malawi

Poznan
- Fortführung des Kunstaustausches - Kooperation Kunsthalle Faust/Städtische Galerie Kubus - Innerspaces Poznan
- Kunstaustausch zur Gartenregion 2009
- „Full house“ - ein internationales Jugendfilmprojekt
- Entwicklung gemeinsamer EU-Projekte

Hiroshima
- Zusammenarbeit mit den hiesigen Partnerschaftsvereinen (Deutsch-Japanische Gesellschaft, Freundschaftskreis Hannover-Hiroshima, Hiroshima-Bündnis)
  Kirschblütenfest
  Hiroshima-Tag 6.8.
  Deutsch-Japanische Sommerfeste
  Kulturveranstaltungen, Seminare
- Fortführung des Kulturaustausches (Gartenregion 2009)

Leipzig
- Veranstaltungen und Projekte zu 20 Jahre friedliche Revolution
- Verstärkung des Kulturaustausches (Gartenregion 2009)
- Entwicklung von gemeinsamen Projekten auf EU - Ebene

Fachbereich Jugend und Familie
Jugend Ferienservice, 51.51.3

Bristol

- Jugendaustausch im Zwei-Jahres-Rhythmus
  (2008 im Sommercamp Otterndorf, 2009 in Bristol)
  Partner: Bristol City Council - Jugendservice

Perpignan

- z.Z. gibt es keinen kontinuierlichen Austausch - aber Einladung von Jugendgruppen zu besonderen Anlässen (z. B. 2008 Internationales Jugendtreffen der Partnerstädte „Begegnung der Kulturen“ in Perpignan anlässlich „Perpignan - katalanische Kulturhauptstadt“)
  Partner: Ville de Perpignan - Service Adolescence et Jeunesse

Rouen

- z. Z. gibt es keinen kontinuierlichen Austausch - Gespräche sind geführt worden, bisher ohne Ergebnis

Poznan

- regelmäßiger Jugendaustausch in Kooperation mit dem Stadtjugendring (2008 im Sommercamp Otterndorf und Sommercamp in Rogalinek bei Poznan)
  Partner: Komendea Charagwi Wielkoposkiej (Pfadfinderverband)

Hiroshima

- bis 2004 Jugendaustausch im Zwei-Jahres-Rhythmus (seit 2005 Internationale Jugendkonferenzen für Frieden in der Zukunft in Hiroshima und Hannover)
- 2008 - 40 Jahre Jugendaustausch und 25 Jahre Städtepartnerschaft - Begegnung in Hannover und „2020 Visions-Workshop“ der Internationalen Jugendkonferenz im Feriendorf Eisenberg mit Jugendlichen aus Hannover, Hiroshima, Coventry, Rouen, Poznan, Volgograd
  Partner: Internationaler Jugendverband Hiroshima

Jährliche Internationale Jugendseminare der Partnerstädte Hannover - Bristol - Poznan in Zusammenarbeit mit dem Sonnenberg Kreis e.V. im Internationalen Haus Sonnenberg

Fachbereich Senioren
Kommunaler Seniorenservice, Offene Seniorenarbeit 57.22
Rouen
Seit 1979 jährliche Seniorenbegegnung im Wechsel in Rouen und Hannover Begegnungen mit festgelegten Themen aus historischen, kulturellen und sozialpolitischen Bereichen
Partner: Rouen Seniors, Ville de Rouen

Dezernat für Wirtschaft und Umwelt Agenda 21 Büro (Dez. V/LA21)

Regelmäßiger Informationsaustausch mit Bristol, Perpignan, Rouen, Blantyre, Poznan, Hiroshima, Leipzig
Zukunftswerkstätten mit Jugendlichen in Kooperationen: Zusammenwirken, Netzwerkarbeit von Stadt und Nichtregierungsorganisationen.

Weiterhin werden die Beziehungen zu den Partnerstädten genutzt für Kooperationen zwischen Firmen. Unternehmen, die wettbewerbsfähig sind, sind auf europäischen und internationalen Märkten präsent. Hannover bietet auch sein Beziehungsnetzwerk der Städtepartnerschaften, die teilweise (z.B. bei Hiroshima und Poznan) starke Verknüpfungen über gleiche Wirtschaftsbezüge (automotive) besitzen, als Ansatzpunkt für intensivere Kooperationen zwischen Unternehmen. Auch hannoverimpuls stärkt die Internationalisierungsbemühungen hiesiger Unternehmen und zählt zu seinen Aufgaben, Unternehmen aus anderen Ländern in Hannover anzusiedeln.

Ergänzend gibt es besonders über die Hochschulen und die forschungsaffinen Unternehmen direkte Kontakte, die Ansiedlungen befördern können. Hierbei wird ebenfalls das Netz der Städtepartnerschaften genutzt.

Fachbereich Sport und Eventmanagement 52.03

Bristol und Perpignan
Jährliche Sporttreffen, an denen hauptsächlich Jugendliche verschiedener Sportarten und Vereine teilnehmen (Austragungsort wechselt jährlich)

Rouen
- gemeinsames Schülerprojekt: Fahrradexpedition nach Äthiopien
- der Sportaustausch ist nach fast 20 Jahren wieder aktiviert worden, so dass ab Oktober 2008 wieder regelmäßige Sporttreffen stattfinden.

Poznan
- Sportbegegnungen auf Vereinsebene
- Projekt „Europe without Barriers“ für behinderte und nicht behinderte Sportler

Zur Information:
Sportkontakte nach Blantyre gab es zuletzt 1997.
Der Sportaustausch mit Hiroshima wurde 2004 aus finanziellen Gründen eingestellt.

Im Rahmen der Sportförderung werden neben den von den Städten offiziell durchgeführten Sporttreffen auch gegenseitige Besuche von Vereinen und Verbänden unterstützt.

Weitere städtische Dienststellen sowie Gruppen, Vereine und Verbände in der Stadt Hannover, die mit Partnerstädten verbunden sind und Austausch pflegen

Bristol

Westbury Singers Bristol und Canta Nova Hannover
Folkloregruppe Morris Men Bristol und Tanzkreis Hannover
Stadtkirchenverband - Cathedral Bristol

Schulaustausch (FB Schule Goetheschule - Cotham School)

Universitäten

Bürgeraustausch der Hannover-Bristol-Gesellschaft und des Bristol-Hannover-Councils

Kunstprojekte (Kunsthalle Faust und Block 16 Hannover) mit Künstlern aus Bristol

Perpignan

Rathausgruppe Misburg –Kontakte mit Hobbykünstlern aus Perpignan
Jährliche Ausstellungen der FHS – FB Design– zum internationalen VISA-Festival der Fotojournalisten in Perpignan - Kontakte zu Fotostudenten in Perpignan
Tanzkreis Hannover - Folkloregruppe Juventut

Schulaustausch (Ricarda-Huch-Schule - Collège Marcel Pagnol)

Rouen

Choraustausche: Oratorienchor Hannover - Choeur de Rouen
Junges Vocalensemble Hannover - Choeur de Chambre Rouen
Akro „Jumelage“ Austausch der Reserveoffiziere
Austausch Jugendblasorchester und Brass Band Rouen
Hochschule für Musik und Theater - Conservatoire de Rouen
Ensemble Musica Viva Hannover - Trio Epsilon Rouen
Musikzentrum Hannover - Maison de Jeune Rive Gauche Rouen
Ecole des Beaux Arts Rouen und Künstlergruppen aus Hannover

Schulaustausch (Sophienschule - Lycée Join Lambert,
Kurt-Schwitters-Gymnasium - Lycée Jeanne d’Arc)

Universität Hannover und Rouen (Jurastudium)

Komitee Niedersachsen - Normandie - Komitee de Liaison Normandie-Basse Saxe - Normandie

Blantyre

Unterstützung des Baues eines Gesundheitszentrums - Malawi-Stiftung
Unterstützung des Vereins Freundeskreis Malawi Zentral- und Südostafrika e.V. (Schulzentrum Makanjira, medizinische Hilfe, Wasserkioske)

Poznan:
Kommunaler Fachaustausch

Austausch Oratorienchor Hannover-Philharmonie Poznan
Philharmonischer Chor Poznan und Canta Nova Hannover
Knabenchor Hannover - Knabenchor Poznan

Kunstprojekte der Kunsthalle Faust mit Innerspaces Poznan auch in Japan, China und Shanghai (Netzwerkbildung)

Theaterwerkstatt Hannover und Studio Teatralne Blum Poznan

Stadtkirchenverband

Austausch Stadtbibliotheken

Kooperationsforum Hannover-Poznan-Rennes

Schulaustausch (FB Schule, Bismarckschule - 5. Lyzeum, IGS Vahrenheide - 40. Gymnasium, Kaiser-Wilhelm-Gymnasium - 2. Lyzeum)

Deutsch-Polnische Gesellschaft Hannover e.V. - Polnisch-Deutsche Gesellschaft Poznan

Hiroshima:
Deutsch-Japanische Gesellschaft e.V.
Freundschaftskreis Hannover - Hiroshima e.V.
Hiroshima Bündnis

Studentenaustausch der Universität Hiroshima Fachbereich Bildende Kunst/Medien und der Fachhochschule Hannover, FB Medien

Fachaustausch der Medizinischen Hochschulen

CVJM Hannover und YMCA Hiroshima

Schulpartnerschaft der Peter-Petersen-Schule mit der Honkawa-Schule in Hiroshima

Leipzig:
Stadtbibliotheken beider Städte

Historisches Museum Hannover und Stadtgeschichtliches Museum Leipzig

Bei allen Partnerstädten existieren darüber hinaus Kontakte unterschiedlicher Vereine, die uns aber nicht bekannt sind, da diese selbständig von den Vereinen organisiert werden

Landeshauptstadt Hannover

Informations-
drucksache

In den Sozialausschuss
In den Stadtentwicklungs- und Bauausschuss
An die Damen und Herren des Rates (zur Kenntnis)
An die Damen und Herren der Stadtbezirksräte 01 - 13 (zur Kenntnis)

Nr. 0384/2009
Anzahl der Anlagen 1
Zu TOP

BITTE AUFBEWAHREN - wird nicht noch einmal versandt

Repräsentativerhebung "Leben und Wohnen im Alter"

Als Anlage zu dieser Drucksache legt die Verwaltung eine Kurzfassung der Repräsentativerhebung „Leben und Wohnen im Alter“ vor. Die Befragung und Auswertung ist als Kooperationsprojekt des Fachbereiches Planen und Stadtentwicklung und des Fachbereiches Senioren gemäß Beschlussdrucksache 2217/2007 N1 durchgeführt worden. In der Anlage abgedruckt ist eine Zusammenfassung der wichtigsten Ergebnisse.
Die Gesamtauswertung ist in der Schriftenreihe zur Stadtentwicklung Heft 100 veröffentlicht und steht im Internet als Download zur Verfügung:

http://www.hannover.de/de/buerger/entwicklung/stadtentwicklung/sta_ges/stew_ver.html

Die Gesamtauswertung kann auch über die folgende Internetseite unter "Aktuelles" abgerufen werden:
http://www.seniorenberatung-hannover.de

Berücksichtigung von Gender-Aspekten
Gender-Aspekte werden nicht berührt. Die Befragungsdaten wurden geschlechterspezifisch und lebenslagenspezifisch ausgewertet.

Kostentabelle
Die Finanzierung erfolgte aus Haushaltsmitteln des Fachbereiches Planen und Stadtentwicklung und des Fachbereiches Senioren.

61.5/ 57.2
Hannover / 18.02.2009

Repräsentativerhebung „Leben und Wohnen im Alter“ Die wichtigsten Ergebnisse im Überblick

Mit den Ergebnissen der Repräsentativerhebung „Wohnen und Leben im Alter“ stellt die Landeshauptstadt Hannover umfängliche Informationen über die Lebens- und Wohnsituation, zur subjektiven Einschätzung zum Alter und zu den Wünschen und Bedürfnissen der Menschen im Alter von 55 Jahren und älter in der Stadt Hannover zur Verfügung, die insbesondere den Fachbereichen und externen Akteuren bei ihren weiteren Planungen und der Politik bei ihren Entscheidungen dienlich sein können.

Der Text beschränkt sich dabei auf die Beschreibung des jeweiligen Sachverhaltes. Wie die jeweiligen Unterschiede zu interpretieren sind und inwieweit hieraus möglicherweise Handlungsansätze abgeleitet werden können, wird Gegenstand der fachlichen Debatte zu den vorgelegten Ergebnissen sein müssen.

Stichprobendesign/Repräsentativität

Auf der Basis repräsentativer Stichproben sowohl für die deutsche Bevölkerung ab 55 Jahren als auch für die Einwohnerinnen und Einwohner mit Migrationshintergrund ab 55 Jahren wurde hierzu Ende 2007 eine schriftliche postalische Befragung durch den Bereich Stadtentwicklung in Kooperation mit dem Fachbereich Senioren durchgeführt.

Insgesamt ergab sich für die aktuelle Befragung ein Rücklauf der deutschen Befragten von 41,6 Prozent (4.537 auswertbare Fragebögen). Bei den Migrantinnen und Migranten lag die Rücklaufquote bei 18,2 Prozent (450 Fragebögen). Die Ergebnisse beider Stichproben sind repräsentativ für die Bevölkerung über 55 Jahren in der Stadt Hannover. Aufgrund der absoluten Fallzahlen lassen sich die Ergebnisse der deutschen Befragten dabei auch für repräsentative Aussagen auf der Stadtteilebene nutzen. Eine Ausdifferenzierung nach Stadtteilen ist für die Gruppe der Migrantinnen und Migranten aufgrund der geringen Fallzahlen jedoch nicht möglich.

Die Gesamtauswertung ist in der Schriftenreihe zur Stadtentwicklung Heft 100 veröffentlicht und steht im Internet als download unter folgenden Links zur Verfügung:

http://www.hannover.de/de/buerger/entwicklung/stadtentwicklung/sta_ges/stew_ver.html

sowie http://www.seniorenberatung-hannover.de unter dem Punkt „Aktuelles“

Die dort enthaltenen Auswertungen zeigen mit Hilfe von Abbildungen und Tabellen auf, ob und wenn ja, bei welchen Merkmalsgruppen oder in welchen Stadtteilen es Unterschiede zum Durchschnitt gibt.

Neben der Auswertung der Ergebnisse nach soziodemographischen Merkmalen wurden alle Fragen auch differenziert nach Stadtteilen ausgewertet, um zu prüfen, ob sich zwischen den Stadtteilen Unterschiede feststellen lassen. Die Erkenntnis dieser Analyse ist, dass die Ergebnisse innerhalb der Stadtteile zwar teilweise differieren, sich aber keine (neuen) spezifischen Muster ergeben. Vielmehr gründen unterschiedliche Ergebnisse auf Stadteilebene zum einen auf den unterschiedlichen soziodemographischen Strukturen der Stadtteile, etwa hinsichtlich des Alters, des Einkommens, des Erwerbsstatus oder der Bildung der Einwohnerinnen und Einwohner dieser Stadtteile. Hier zeichnen sich die bevorzugten und eher benachteiligten Stadtteile ab, wie sie auch aus anderen Untersuchungen bekannt sind.

Daneben sind die Ergebnisse geprägt durch Merkmale, die die Struktur des Gebäude- und Wohnungsbestandes kennzeichnen bzw. damit eng zusammenhängen: Verteilung von Ein-, Zwei- und Mehrfamilienhäuser, Wohnfläche je Person, Wohnungsgrößen und hiermit zusammenhängend die Verteilung nach Wohneigentum und Mietwohnungen.

Neben Ergebnissen, die den bekannten räumlichen Mustern folgen, gibt es zahlreiche untersuchte Gesichtspunkte, deren Unterschiedlichkeit in den Ergebnissen sich nicht räumlich erklären lässt. Hier sind es eher Aspekte, die aus der Lebensbiographie der Befragten herrühren, die zur Erklärung von Unterschieden herangezogen werden müssen. Für die Ergebnisse auf Stadtteilebene verweisen wir auf die jeweiligen Abbildungen und Tabellen in der Gesamtauswertung.

1. Persönliche Lebenssituation

Alter, Geschlecht

- Im Jahr 2007 stellen die Menschen im Alter ab 55 Jahren in Hannover laut Melderegister einen Bevölkerungsanteil von insgesamt 30 Prozent (156.928 Personen). Die am stärksten besetzte Altersgruppe bilden die 65- bis 74-Jährigen mit insgesamt 10,5 Prozent an der Gesamtbevölkerung. 57,2 Prozent der 55-Jährigen und Älteren sind Frauen.
- Die geschlechterspezifische Verteilung variiert deutlich innerhalb der unterschiedlichen Altersgruppen: Während innerhalb der Altersgruppe 55 bis 59 Jahre Frauen (51,2 Prozent) und Männer (48,8 Prozent) noch in etwa zu gleichen Teilen vertreten sind, sind in der Altersgruppe der 75- bis 84-Jährigen fast zwei Drittel (64,8 Prozent) Frauen und in der Gruppe der 85-Jährigen und Älteren mehr als drei Viertel (76,9 Prozent) Frauen.

Wohnberechtigte Bevölkerung am 30.06.07 nach Alter und Geschlecht

	Gesamt (abs.)	Männer in %	Frauen in %	insgesamt
unter 55 Jahre	365.830	50,2	49,8	100,0
55 bis 59 Jahre	29.846	48,8	51,2	100,0
60 bis 64 Jahre	25.743	49,3	50,7	100,0
65 bis 74 Jahre	54.872	45,7	54,3	100,0
75 bis 84 Jahre	33.553	35,2	64,8	100,0
85 Jahre und älter	12.914	23,1	76,9	100,0
über 55 Jahre insgesamt	156.928	42,8	57,2	100,0
insgesamt	522.758	48,0	52,0	100,0

Quelle: Bereich Statistik und Wahlen der Landeshauptstadt Hannover

Migrationshintergrund, Struktur der zusammenlebenden Personen

- 13,3 Prozent der 55-Jährigen und älteren Einwohnerinnen und Einwohner bzw. 20.858 Personen weisen nach Melderegister einen Migrationshintergrund auf, innerhalb der Gesamtbevölkerung liegt dieser Anteil bei 23,6 Prozent.

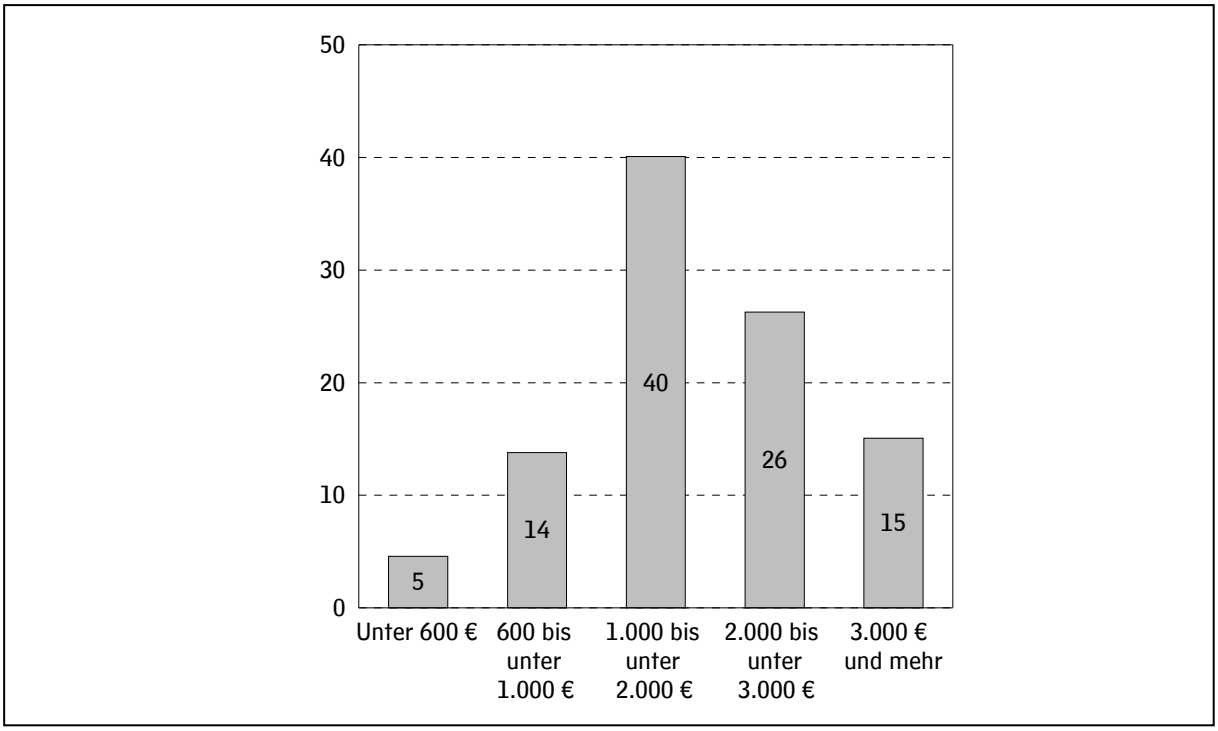
- Wie die Ergebnisse der Befragung zeigen, leben die meisten 55-Jährigen und Älteren mit Ehe-/Lebenspartner/-partnerin (57 Prozent) zusammen, gut ein Drittel (35 Prozent) lebt allein. 46 Prozent aller Frauen, aber nur 21 Prozent aller Männer sind allein lebende Personen. Bei älteren Menschen mit Migrationshintergrund beträgt der vergleichbare Anteil Alleinlebender 20 Prozent. Mit zunehmendem Alter wächst der Anteil der Alleinlebenden erwartungsgemäß bis auf 63 Prozent bei den 85-Jährigen und Älteren.

Einkommen

- Im Rahmen der Befragung wurde auch das Haushaltsnettoeinkommen sowie die Art des zur Verfügung stehenden Einkommens erfragt. 5 Prozent der 55-Jährigen und Älteren steht ein monatliches Einkommen von unter 600 Euro zur Verfügung und 14 Prozent aller Haushalte der 55-Jährigen und Älteren müssen monatlich mit 600 Euro bis 1.000 Euro auskommen. Alleinlebende, und dabei allein lebende Männer (12 Prozent) noch stärker als allein lebende Frauen (9 Prozent) müssen häufiger als der Durchschnitt mit weniger als 600 Euro auskommen. Von den befragten Migrantinnen und Migranten gaben 43 Prozent an, weniger als 600 Euro monatlich zur Verfügung zu haben.

- 63 Prozent aller Haushalte der 55-Jährigen und Älteren verfügen über ein Einkommen aus Rente/Pension, 17 Prozent aus einer Erwerbstätigkeit, 14 Prozent aus Vermögen/ Ersparnissen und 6 Prozent ist auf Transferleistungen angewiesen. Der vergleichbare Anteil in der Gesamtbevölkerung der Landeshauptstadt liegt bei 15,5 Prozent (vgl. Sozialbericht der Stadt Hannover 2008). Migrantenhaushalte von 55-Jährigen und Älteren beziehen zu 41 Prozent Transferleistungen, nur 38 Prozent dieser Gruppe bezieht eine Rente/Pension.

Haushaltsnettoeinkommen (Angaben in Prozent)

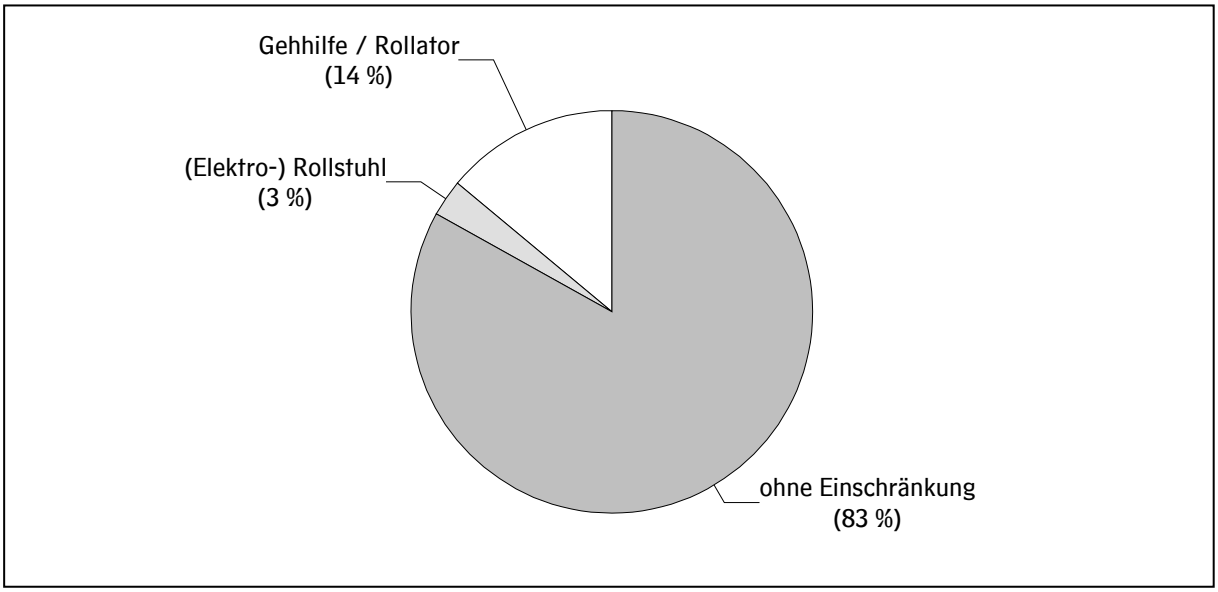


Quelle: Landeshauptstadt Hannover, Repräsentativerhebung „Leben und Wohnen im Alter",
Basis: 55-Jährige und Ältere

Mobilität

- Eine hohe Relevanz für die Lebensqualität im Alter hat die persönliche Mobilität. 14 Prozent der 55-Jährigen und Älteren gaben an, eine Gehhilfe oder einen Rollator zu nutzen. 3 Prozent sind auf einen Rollstuhl angewiesen.

Nutzung von Gehhilfe, Rollator und Rollstuhl (Angaben in Prozent)



Quelle: Landeshauptstadt Hannover, Repräsentativerhebung „Leben und Wohnen im Alter",
Basis: 55-Jährige und Ältere

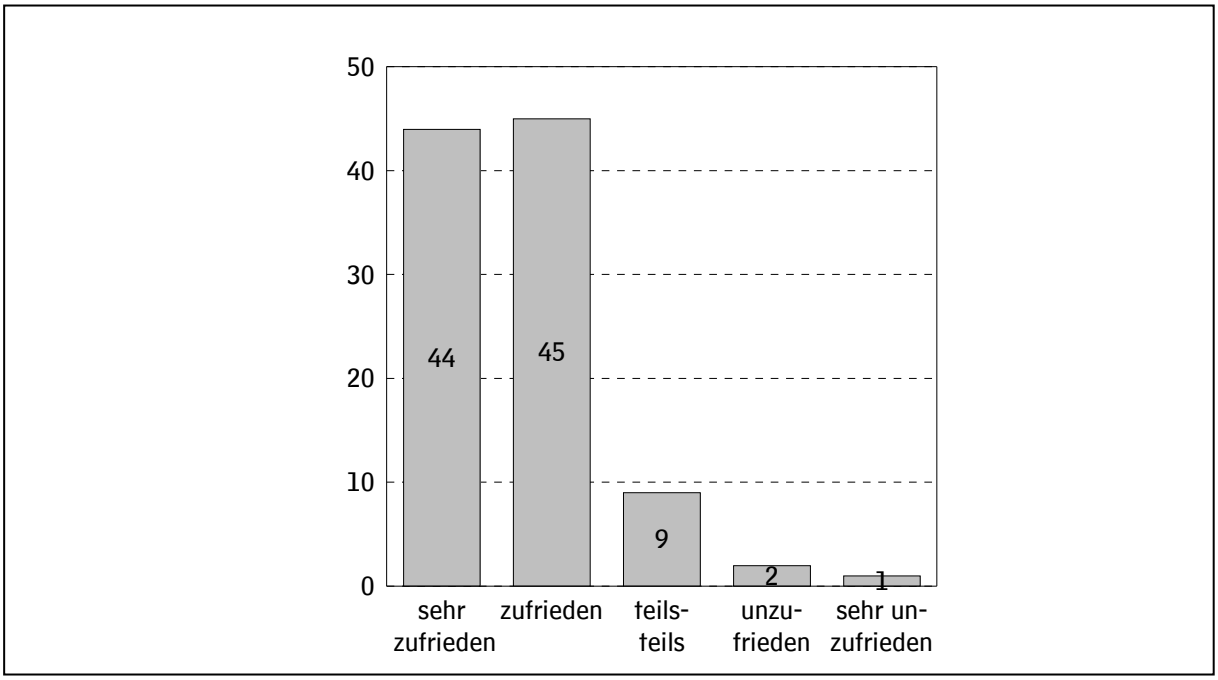
- Mit zunehmendem Alter wächst der Anteil der Mobilitätseingeschränkten deutlich: 29 Prozent der 75- bis 84-Jährigen nutzen eine Gehhilfe oder einen Rollator. Bei den 85-Jährigen und Älteren sind es 50 Prozent. Einen Rollstuhl nutzen 4 Prozent der 75- bis 84-Jährigen. Von den 85-Jährigen und Älteren sind 9 Prozent auf einen Rollstuhl angewiesen.

2. Derzeitige Wohnsituation

Zufriedenheit mit der Wohnsituation

- Die Zufriedenheit mit der eigenen Wohnung liegt auf einem sehr hohen Niveau: 89 Prozent der 55-Jährigen und Älteren sind sehr zufrieden oder zufrieden mit ihrer Wohnung. Deutlich unzufriedener sind hingegen Migrantinnen und Migranten im Alter von 55 Jahren und älter: In dieser Gruppe liegt die Zufriedenheit (sehr zufrieden und zufrieden) nur bei 66 Prozent.

Zufriedenheit mit der derzeitigen Wohnung (Angaben in Prozent)



Quelle: Landeshauptstadt Hannover, Repräsentativerhebung „Leben und Wohnen im Alter", Basis: 55-Jährige und Ältere

- Diese hohe Zufriedenheit mit der eigenen Wohnsituation gründet sich vor allem auf die Nähe von Grün- und Erholungsflächen (19 Prozent), einer guten Verkehrsanbindung und einer ruhigen Wohnlage (je 13 Prozent). Im Vergleich zum Durchschnitt aller Befragten geben Migrantinnen und Migranten häufiger ihr Haus/ihre Wohnung (+9 Prozentpunkte) als positiven Aspekt der eigenen Wohnsituation an, dagegen wurde von dieser Gruppe seltener die Nähe von Grün- und Erholungsflächen (-6 Prozentpunkte) angesprochen.

- Als negative Aspekte der eigenen Wohnsituation werden genannt: „zu laut, zu viel Lärm“ (16 Prozent), „Wohnung/Wohnumfeld“ (15 Prozent), „soziales Umfeld“ (14 Prozent) und „Schmutz/fehlende Sauberkeit“ (10 Prozent). Migrantinnen und Migranten sprechen als negativen Aspekt der eigenen Wohnsituation deutlich häufiger die Wohnung/das Wohnumfeld (43 Prozent, +29 Prozentpunkte) an. Die Tatsache, dass dieser Aspekt von dieser Gruppe zugleich auch häufiger als Vorteil angesprochen wird, weist darauf hin, dass dieser Aspekt für Migrantinnen und Migranten eine hohe Wichtigkeit besitzt und je nach persönlicher Situation sowohl häufiger als positiv als auch als negativ angesprochen wird.

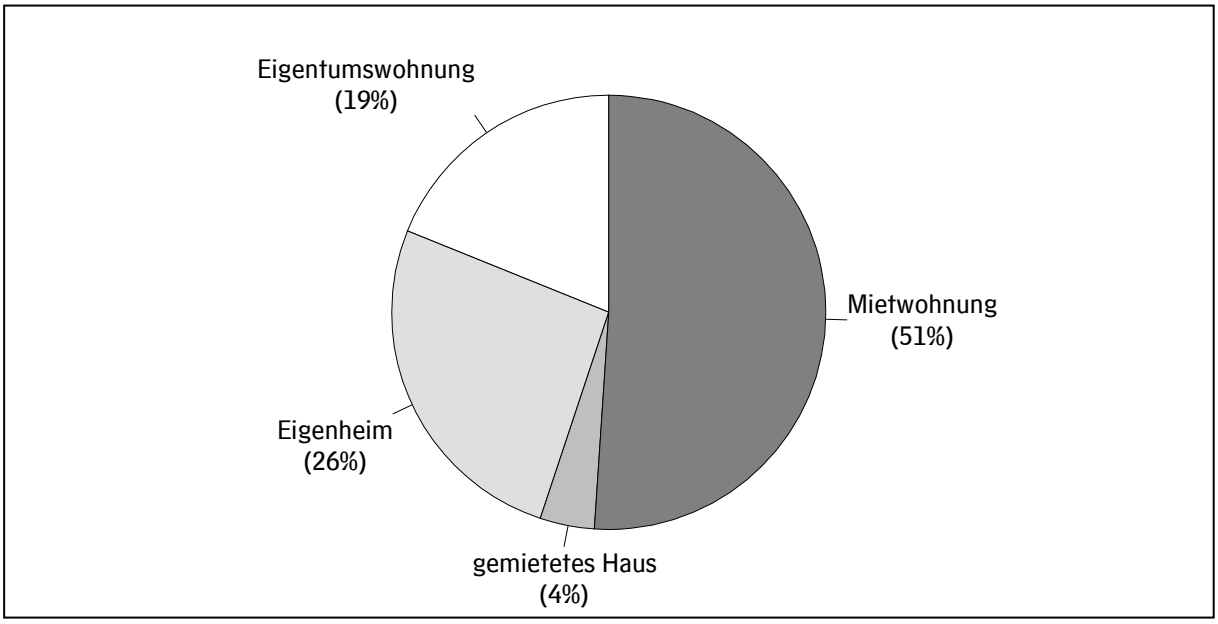
- Das Fehlen eines Fahrstuhls wird von Alleinlebenden im Alter von 75 Jahren und älter und von Mobilitätseingeschränkten, die auf einen Rollstuhl angewiesen sind, häufiger als negativ angesprochen (je 13 Prozent: Durchschnitt 7 Prozent).

Wohndauer, Wohnstatus, Wohnungsgröße

- 76 Prozent aller Befragten wohnen 10 Jahre oder länger in ihrer derzeitigen Wohnung, weitere 11 Prozent zwischen 5 und 10 Jahren.

- Die befragten Einwohnerinnen und Einwohner wohnen jeweils etwa zur Hälfte zur Miete (55 Prozent) bzw. in ihrem Eigentum (45 Prozent).

Wohnstatus (Angaben in Prozent)



Quelle: Landeshauptstadt Hannover, Repräsentativerhebung „Leben und Wohnen im Alter",
Basis: 55-Jährige und Ältere

- Die Menschen ab 55 Jahren leben in Hannover durchschnittlich auf 88 Quadratmetern Wohnfläche. Diese Wohnungsgröße bezieht sich auf den jeweiligen Haushalt. Die durchschnittliche Wohnungsgröße pro Haushalt in der Gesamtbevölkerung beträgt in Hannover 73,8 Quadratmeter.

3. Blickpunkt Barrierefreiheit

Stufenloser Zugang zur Wohnung, Vorhandensein eines Fahrstuhls

- Jeweils etwa ein Viertel aller Befragten bewohnt eine Parterrewohnung (25 Prozent) oder lebt im 1. Stock (23 Prozent). 51 Prozent der 55-Jährigen und Älteren wohnen im 2. Stock oder höher.

- 22 Prozent der 55-Jährigen und Älteren verfügen über einen stufenlosen Zugang zu ihrer Wohnung. Jede dritte Person (33 Prozent) muss bis zu fünf Stufen überwinden, um von der Straße in die Wohnung zu kommen und 45 Prozent sogar 6 Stufen oder mehr.

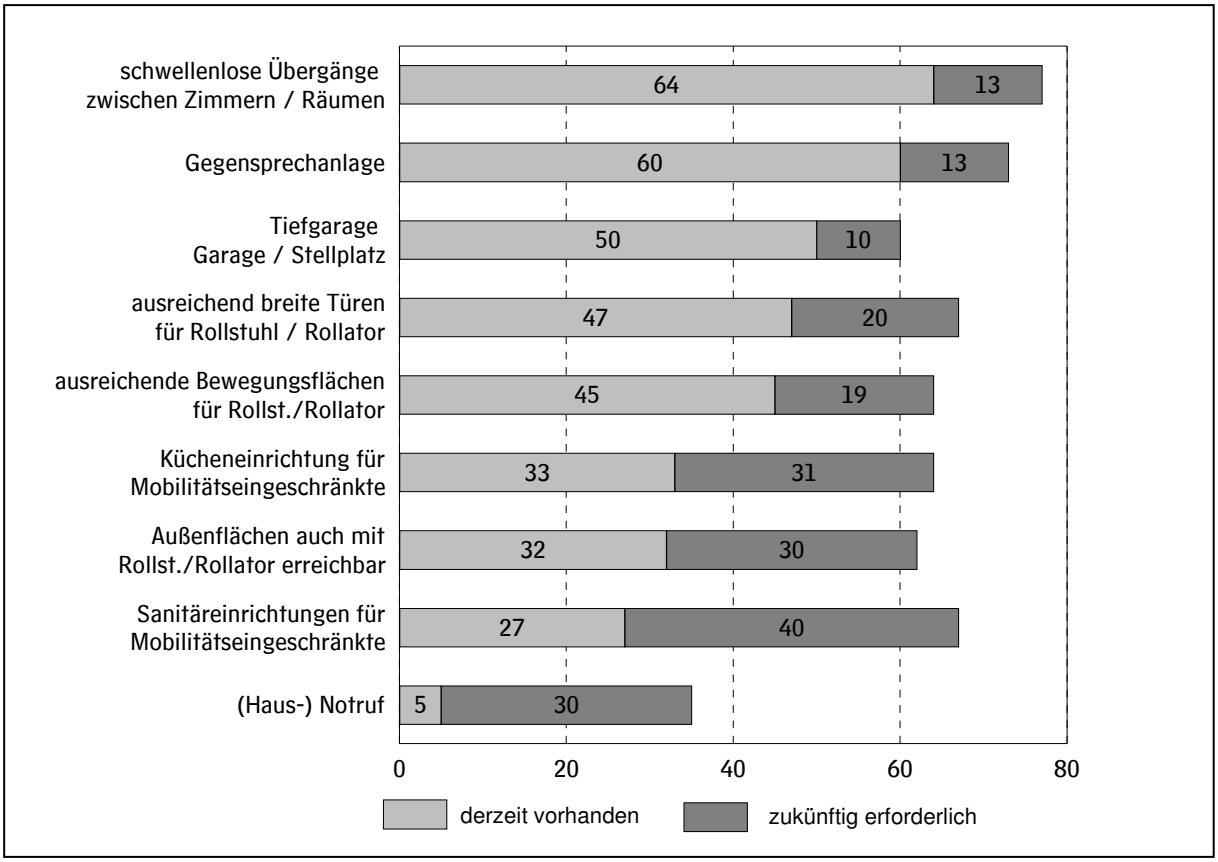
- Insbesondere Rollstuhlfahrer/innen leben häufig in Wohnungen, die nicht an ihre Verhältnisse angepasst sind: Nur 32 Prozent von ihnen haben eine Wohnung mit stufenlosem Zugang. Zwei Drittel müssen dagegen Stufen überwinden, 34 Prozent sogar mindestens 6 Stufen, so dass viele dieser Menschen auf Hilfe angewiesen sind, wenn sie ihre Wohnung verlassen wollen.

- Im Durchschnitt verfügen 15 Prozent aller Befragten über einen Fahrstuhl im Haus. Mit der Höhe des bewohnten Stockwerks innerhalb des Hauses wächst der Anteil derjenigen, die einen Fahrstuhl nutzen können: Während 11 Prozent der Bewohnerinnen und Bewohner einer Wohnung in der 1. Etage und 15 Prozent in der 2. Etage über einen Fahrstuhl verfügen können, steht immerhin 42 Prozent aller Befragten, die im 3. Stock oder höher wohnen, ein Fahrstuhl zur Verfügung.

Derzeitige sowie zukünftig erforderliche Ausstattung der Wohnung/des Hauses

- 64 Prozent der Befragten verfügen (nach Eigeneinschätzung) über schwellenlose Übergänge zwischen den Räumen, 60 Prozent über eine Gegensprechanlage und 50 Prozent über eine Garage bzw. einen Stellplatz. Knapp die Hälfte aller Wohnungen ist mit ausreichend breiten Türen für Rollator/Rollstuhl (47 Prozent) ausgestattet bzw. verfügt über ausreichende Bewegungsflächen (45 Prozent). Nur etwa jede dritte Wohnung ist mit einer Küche, in der alle Schränke auch bei Mobilitätseinschränkungen erreichbar sind (33 Prozent), mit Sanitätseinrichtungen, die auch bei Mobilitätseinschränkungen ohne Hilfe zu nutzen sind (27 Prozent) bzw. mit Rollator/Rollstuhl erreichbaren Außenflächen (Balkon, Garten) ausgestattet. Nur jede 20. Wohnung (5 Prozent) verfügt über eine Notruf bzw. Hausnotruf-Funktion.

Derzeitige sowie zukünftig erforderliche Ausstattung der Wohnung/des Hauses (in Prozent)



Quelle: Landeshauptstadt Hannover, Repräsentativerhebung „Leben und Wohnen im Alter", Basis: 55-Jährige und Ältere

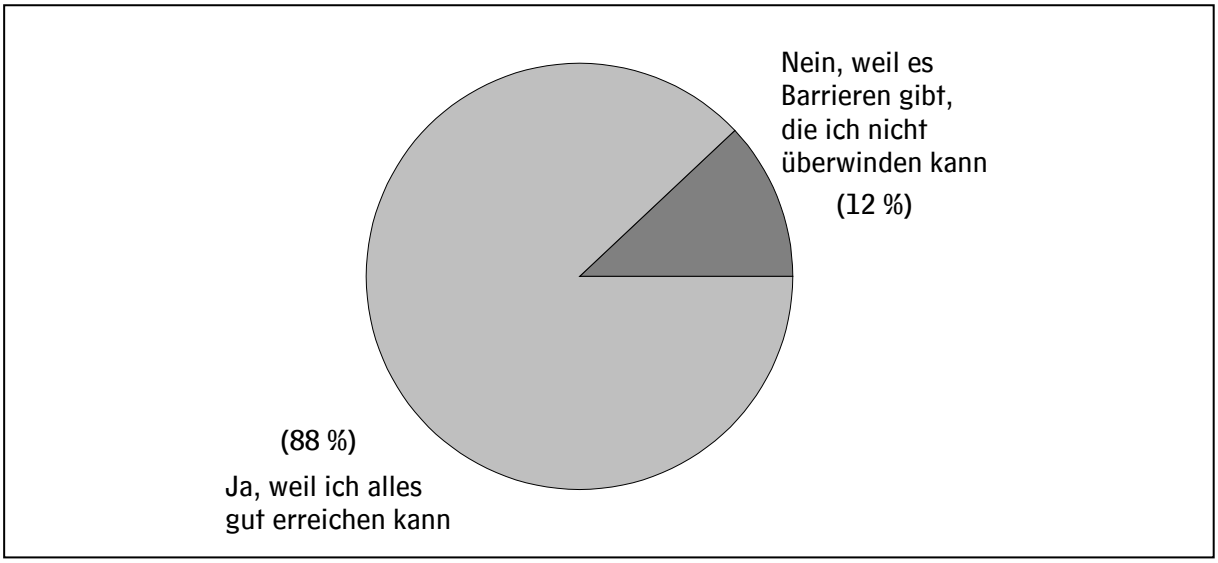
- Um zukünftig so lange wie möglich in ihrer derzeitigen Wohnung/ihrem derzeitigen Haus verbleiben zu können, werden – soweit derzeit noch nicht vorhanden – von den Befragten vor allem Sanitäreinrichtungen für Mobilitätseingeschränkte (40 Prozent), Kücheneinrichtung für Mobilitätseingeschränkte (31 Prozent), Außenflächen, die auch für Rollstuhl/ Rollator erreichbar sind (30 Prozent) sowie ein (Haus-) Notruf (30 Prozent) benötigt.

Barrieren für eine Teilnahme am Stadtteilleben

- Der überwiegende Teil der Befragten (88 Prozent) kann nach eigener Einschätzung problemlos am Stadtteilleben teilnehmen, 12 Prozent fühlen sich durch schwer oder nicht überwindbare Barrieren daran gehindert.
- Insbesondere für Mobilitätseingeschränkte ist eine Teilnahme am Stadtteilleben nicht ohne Probleme möglich: 77 Prozent der Befragten, die auf einen Rollstuhl angewiesen sind und 39 Prozent derer, die eine Gehhilfe oder einen Rollator benutzen, fühlen sich durch Barrieren daran gehindert, am Stadtteilleben teilzunehmen.
- Ein enger Zusammenhang besteht hier auch mit dem zunehmenden Alter: 85-Jährige und Ältere nehmen weitaus häufiger als der Durchschnitt Barrieren wahr, die sie an der Teilnahme am Stadtteilleben hindern (37 Prozent).

- Die meisten Angaben zu Barrieren, die an der Teilnahme am Stadtteilleben hindern, beziehen sich auf die persönliche Gesundheitssituation (50 Prozent). 11 Prozent gaben an, dass die Entfernungen zu groß seien und 10 Prozent haben Probleme mit dem sozialen Umfeld.

Teilnahme am Stadtteilleben (Angaben in Prozent)



Quelle: Landeshauptstadt Hannover, Repräsentativerhebung „Leben und Wohnen im Alter", Basis: 55-Jährige und Ältere

4. Einschätzungen zu den Lebensbedingungen im Stadtteil

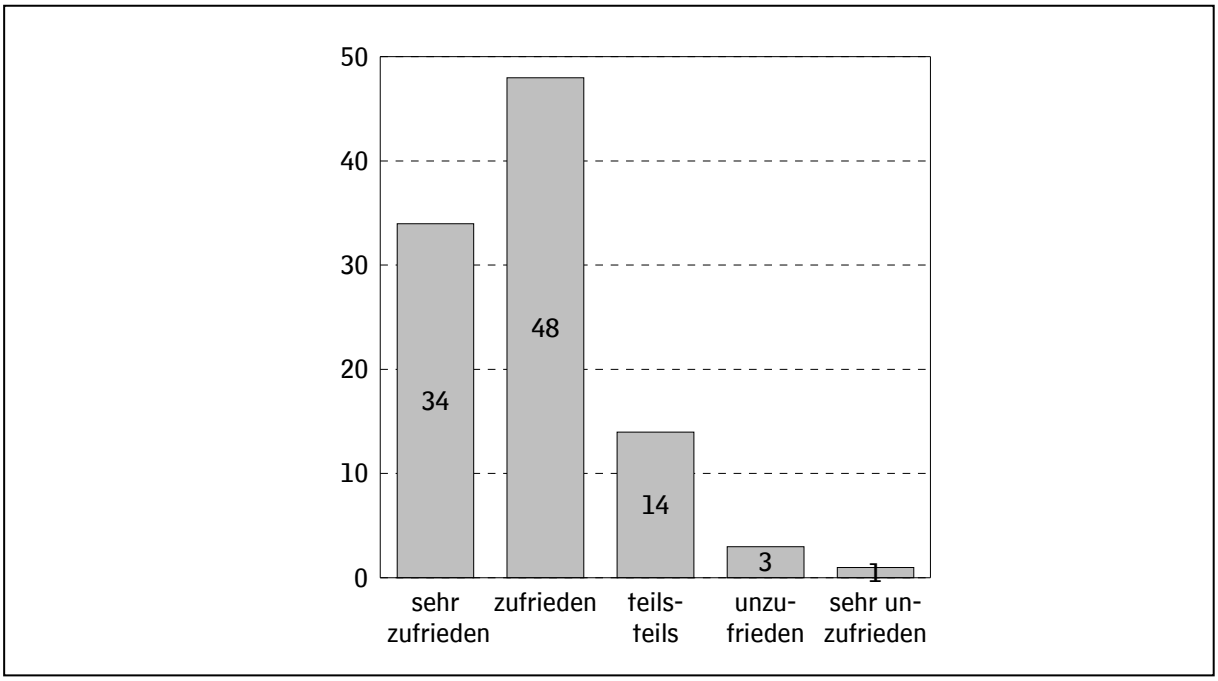
Zufriedenheit mit den Lebensbedingungen im Stadtteil

- Insgesamt 82 Prozent der 55-Jährigen und Älteren sind „sehr zufrieden“ und „zufrieden“ mit dem eigenen Stadtteil. Damit äußern sich die 55-Jährigen und Älteren noch positiver zum eigenen Stadtteil als die Gesamtbevölkerung Hannovers (79 Prozent, vgl. Repräsentativerhebung 2005).

- Die Zufriedenheit bei Migrantinnen und Migranten im Alter von 55 Jahren und mehr liegt sogar bei 85 Prozent.

- Betrachtet nach Altersgruppen zeigen sich deutliche Unterschiede: Am wenigsten zufrieden sind die 60- bis 64-Jährigen (76 Prozent). Insgesamt wächst die Zufriedenheit mit zunehmendem Alter. Die 85-Jährigen und Älteren sind zu 87 Prozent „sehr zufrieden“ und „zufrieden“ mit ihrem Stadtteil.

Zufriedenheit mit dem Stadtteil (Angaben in Prozent)



Quelle: Landeshauptstadt Hannover, Repräsentativerhebung „Leben und Wohnen im Alter", Basis: 55-Jährige und Ältere

- Die am häufigsten genannten Aspekte, die zur Zufriedenheit mit dem eigenen Stadtteil beitragen, sind die gute Anbindung an öffentliche Verkehrsmittel (92 Prozent), Grün- und Erholungsflächen und Parks (86 Prozent) sowie fußläufig erreichbare Einkaufsmöglichkeiten (80 Prozent).

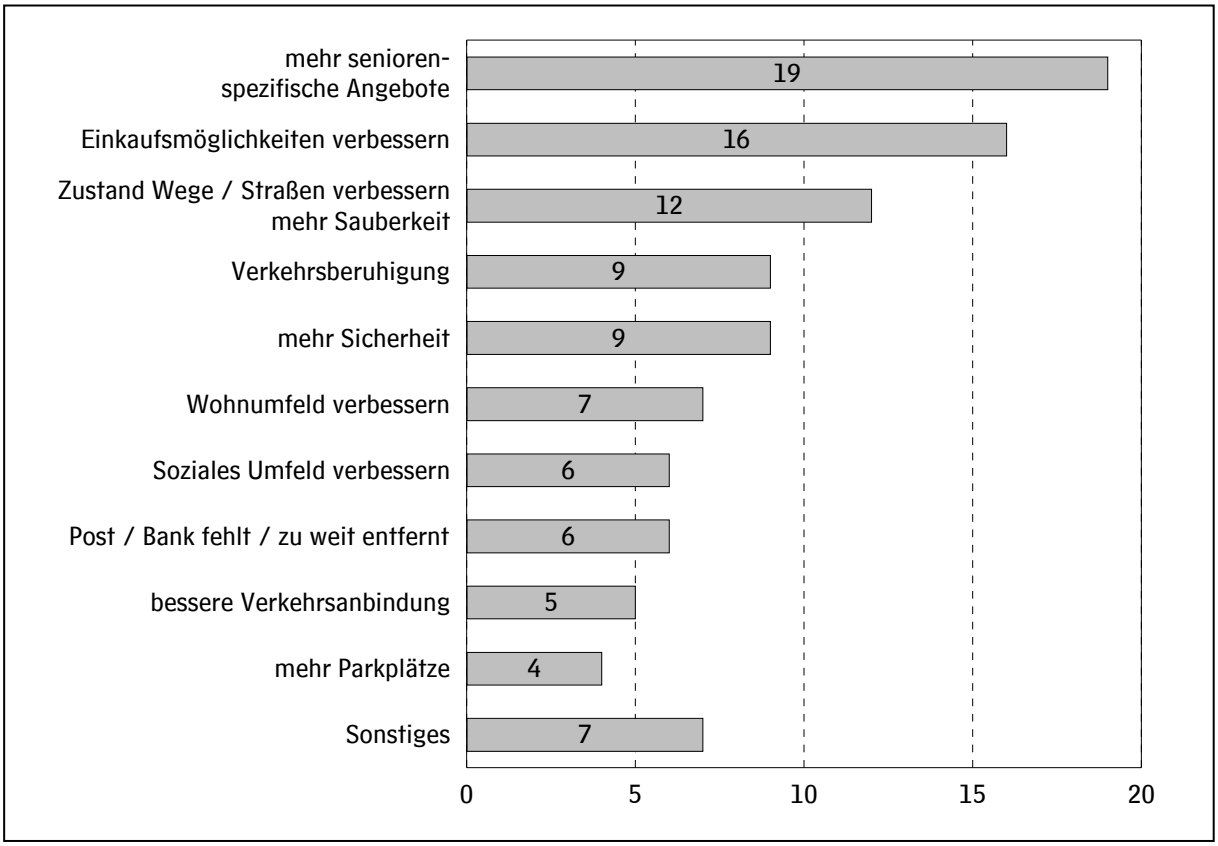
- Vergleichsweise schlecht mit Anteilen unter 60 Prozent Zufriedenheit schneiden die Aspekte Freizeit- und Unterhaltungsmöglichkeiten (53 Prozent), Kultur- und Bildungsangebote (54 Prozent), seniorenspezifische Treffpunkte (z.B. Begegnungsstätten), Versorgung mit einer Einrichtung der Post (jeweils 55 Prozent), Beratungsstellen für Seniorenfragen sowie die Versorgung mit Seniorenwohnungen (jeweils 45 Prozent) ab.

Vorschläge zur Verbesserung der Lebenssituation im Stadtteil

- Am häufigsten wurden „mehr seniorenspezifische Angebote“ zur Verbesserung der eigenen Lebenssituation im Stadtteil von den Befragten gewünscht. Die sich auf diesen Aspekt beziehenden Antworten waren teils eher allgemein („mehr Angebote für ältere Menschen“) formuliert war, teilweise handelt es sich aber auch um spezielle Aspekte („mehr seniorengerecht ausgestattete Wohnungen“, „mehr Pflegedienste“).

- Danach wurde eine Verbesserung der Einkaufsmöglichkeiten, die Verbesserung von Zustand und Sauberkeit von Straßen und Fußwegen (12 Prozent) genannt.

Vorschläge zur Verbesserung der persönlichen Lebenssituation (Angaben in Prozent)



Quelle: Landeshauptstadt Hannover, Repräsentativerhebung „Leben und Wohnen im Alter", Basis: 55-Jährige und Ältere

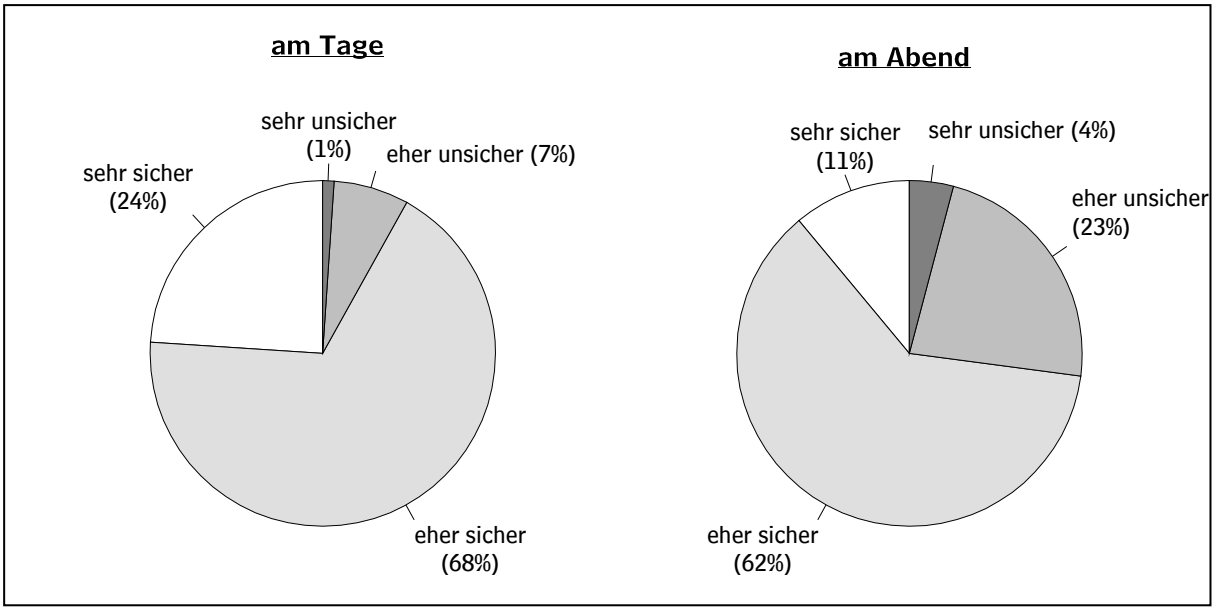
Persönliches Sicherheitsempfinden in der Wohngegend

- Insgesamt haben die 55-Jährigen und Älteren ein hohes Sicherheitsgefühl in ihrer Wohngegend, tagsüber schätzen 92 Prozent die Sicherheit in ihrer Wohngegend als sehr sicher oder eher sicher ein. Nur 8 Prozent fühlen sich tagsüber eher unsicher (7 Prozent) oder sehr unsicher (1 Prozent).

- Abends steigt zwar der Anteil derjenigen, die sich unsicher fühlen (23 Prozent eher unsicher und 4 Prozent sehr unsicher). Dennoch geben immerhin 73 Prozent an, sich auch am Abend sehr sicher oder eher sicher zu fühlen.

- Das Sicherheitsgefühl am Tage ist über alle Merkmalsgruppen sehr ähnlich. Am Abend steigen Unsicherheitsgefühle mit zunehmendem Alter: Während sich 55- bis 59-Jährige am Abend seltener als der Durchschnitt (21 Prozent, Durchschnitt: 27 Prozent) unsicher fühlen, steigt dieser Wert bei der Gruppe der 75- bis 84-Jährigen auf 30 Prozent. Eine Ausnahme bildet die Gruppe der Hochbetagten, die nur knapp unter dem städtischen Durchschnittswert liegt.

Einschätzungen zur Sicherheit in der Wohngegend tagsüber und abends (Angaben in Prozent)



Quelle: Landeshauptstadt Hannover, Repräsentativerhebung „Leben und Wohnen im Alter", Basis: 55-Jährige und Ältere

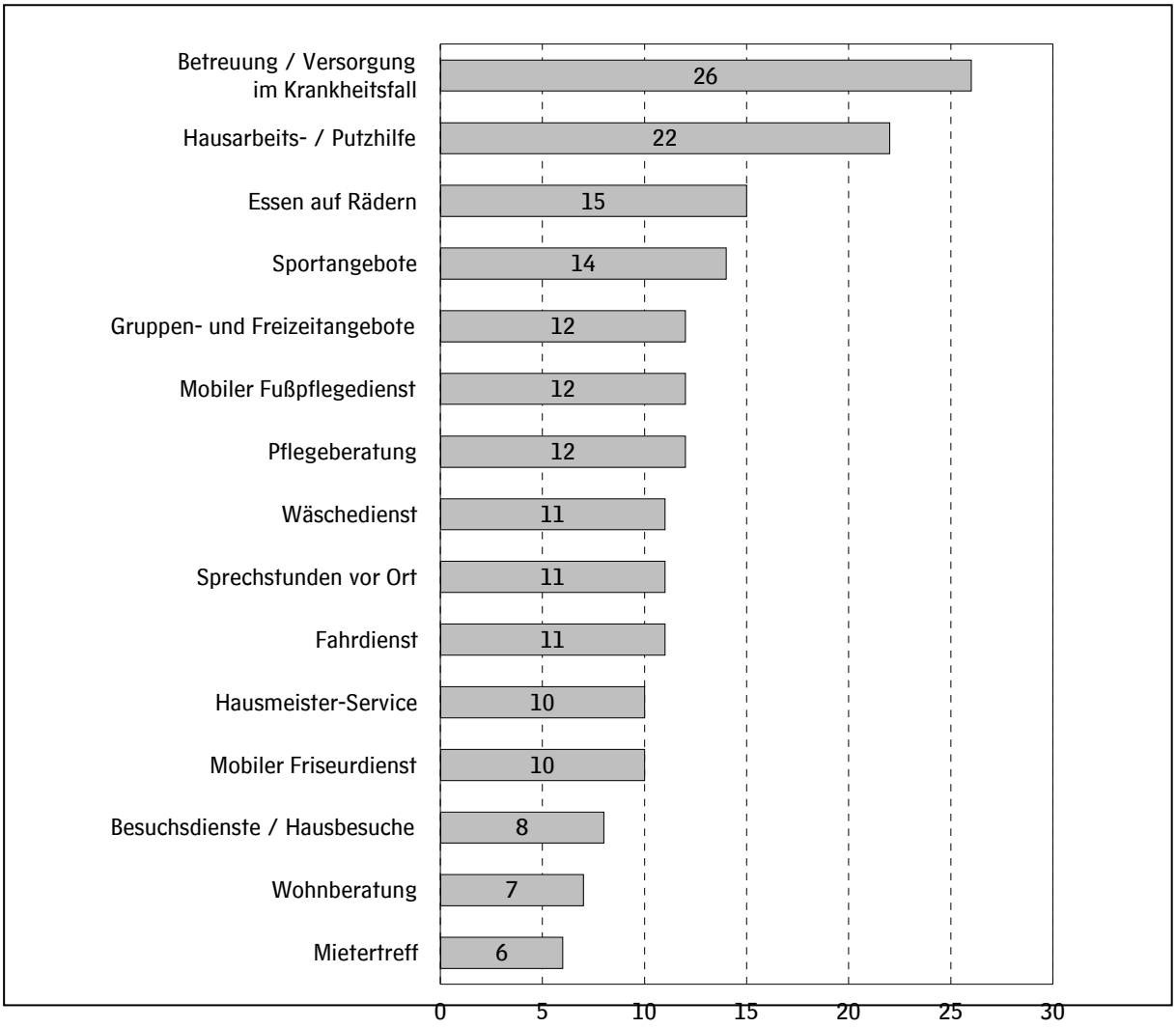
5. Haushaltsnahe Dienste und Angebote

Derzeitige Nutzung von haushaltsnahen Diensten und Angeboten

- Einem Drittel der Befragten steht ein Hausmeister-/Handwerkerservice zur Verfügung und 19 Prozent lassen sich bei Hausarbeit/Putzen unterstützen. 16 Prozent der 55-Jährigen und Älteren nutzen Sport- und 8 Prozent Gruppen- und Freizeitangebote. Einen mobilen Fußpflegedienst nehmen derzeit 7 Prozent der 55-Jährigen und Älteren in Anspruch, auf alle weiteren Dienste und Angebote entfallen nur Anteile von jeweils 5 Prozent oder weniger.

- Das größte Interesse derjenigen, die entsprechende Angebote derzeit noch nicht nutzen, aber zukünftig in Anspruch nehmen wollen, falls sie finanzierbar wären, richtet sich auf Betreuungs-/Versorgungsleistungen im Krankheitsfall (26 Prozent), auf Hilfe bei der Hausarbeit und beim Putzen (22 Prozent), auf Essen auf Rädern (15 Prozent) sowie auf Sportangebote (14 Prozent).

Interesse an haushaltsnahen Diensten und Angeboten (Angaben in Prozent)



Quelle: Landeshauptstadt Hannover, Repräsentativerhebung „Leben und Wohnen im Alter", Basis: 55-Jährige und Ältere

6. Hilfebedarf im Alltag

Persönliche Einschätzung des eigenen Hilfebedarfs im Alltag

- Die Hälfte der 55-Jährigen und Älteren (51 Prozent) sind überhaupt nicht auf Hilfe angewiesen, weitere 31 Prozent geben an, dass ihnen einige Dinge schwerer fallen, sie aber dennoch ohne Hilfe auskommen. 12 Prozent der Befragten benötigen Hilfe bei bestimmten Tätigkeiten im Alltag und jeweils 3 Prozent gaben an, „ohne Hilfe keinen eigenen Haushalt mehr führen zu können“ bzw. „das Haus nicht ohne Hilfe verlassen zu können“.

- Wenn alltäglicher Hilfebedarf besteht (Durchschnitt: 12 Prozent), so hängt dieser eng zusammen mit dem zunehmenden Alter und mit Mobilitätseinschränkung: 24 Prozent der 75- bis 84-Jährigen, 31 Prozent der 85-Jährigen und Älteren und 41 Prozent der Mobilitätseingeschränkten benötigen bei bestimmten Tätigkeiten im Haushalt eine Hilfe.

Art der benötigten Hilfe bei Alltagstätigkeiten

- Erfreulicherweise kann festgestellt werden, dass die älteren Menschen, die Hilfe benötigen, diese auch fast immer in Anspruch nehmen können. Weniger als zwei Prozent der Befragten gaben an, dass sie trotz Hilfebedarf keine Hilfe erhalten. Bei den Alleinlebenden liegt dieser Anteil bei zwei bis vier Prozent je nach Art des Hilfebedarfs (Hausarbeit, Fortbewegung, Büro- und Organisationsarbeit, Körperpflege).

- 27 Prozent der 55-Jährigen und Älteren benötigen eine Hilfe bei der Hausarbeit und beim Kochen, jeweils 20 Prozent brauchen eine Unterstützung bei der Fortbewegung/beim Einkaufen bzw. bei Büro- und Organisationsarbeiten im Haushalt und 10 Prozent sind auf eine Hilfe bei der Körperpflege angewiesen.

- Bei der Hausarbeit und beim Kochen (Durchschnitt: 27 Prozent) wächst der Hilfebedarf bei den 75 bis 84-Jährigen auf 42 Prozent und bei den 85-Jährigen und Älteren auf 59 Prozent. Ein überdurchschnittlicher Hilfebedarf bei Hausarbeit/Kochen findet sich bei Mobilitätseingeschränkten (mit Gehhilfe: 60 Prozent, mit Rollstuhl: 77 Prozent) sowie bei Migrantinnen und Migranten (40 Prozent). Den höchsten Hilfebedarf bei der Körperpflege (Durchschnitt: 10 Prozent) formulierten auch die 85-Jährigen und Älteren (38 Prozent) und insbesondere mobilitätseingeschränkte Personen (mit Gehhilfe: 35 Prozent, mit Rollstuhl: 79 Prozent).

- Gleiches gilt für den Bereich Fortbewegung/Einkauf sowie bei Büro- oder Organisationsarbeiten (Durchschnitt jeweils 20 Prozent). Bei Fortbewegung/Einkauf wächst der Bedarf bei 85-Jährigen und Älteren auf 57 Prozent und bei Befragten, die auf einen Rollstuhl angewiesen sind auf 86 Prozent an.

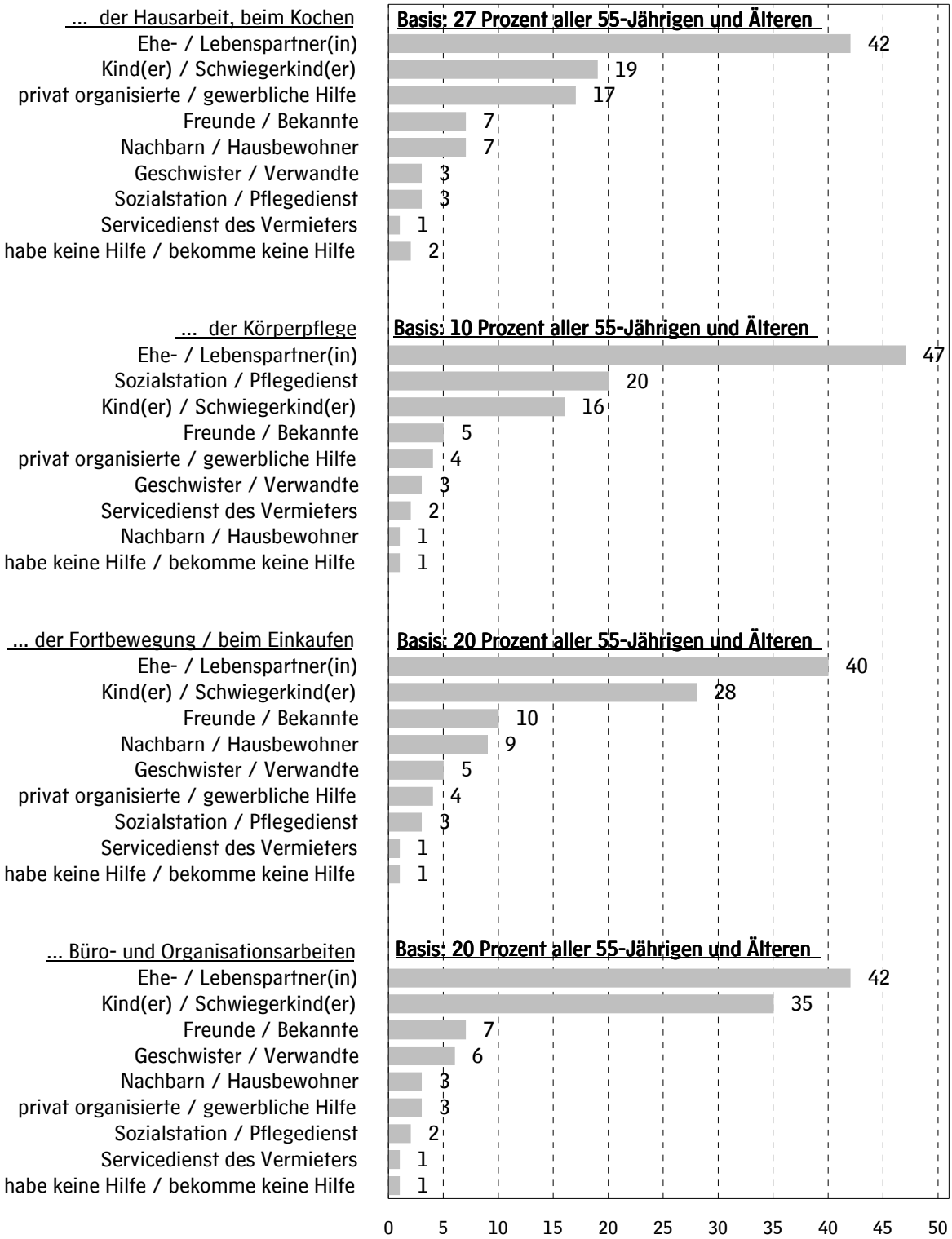
Helfende Personen bei Alltagstätigkeiten

- Falls eine Hilfe benötigt wird, sind die wichtigsten Helfer im Alltag die Lebenspartnerin oder der Lebenspartner (42 bis 47 Prozent je nach Hilfebedarf). An zweiter Stelle treten die Kinder und Schwiegerkinder als Helfende im Alltag auf (von 16 Prozent bei Körperpflege bis 35 Prozent bei Büro- und Organisationstätigkeiten).

- Alleinlebende greifen bei Bedarf mangels der Hilfe durch eine/n Partner/in deutlich häufiger zu privat organisierter bzw. gewerblicher Hilfe (29 Prozent Hausarbeit/Kochen) oder auf die Hilfe durch Sozialstationen und Pflegedienste zurück (39 Prozent Körperpflege).

- Auch bei Alleinlebenden sind Kinder und Schwiegerkinder wichtige Helfer im Alltag. Sie stehen bei Hausarbeit und Kochen (26 Prozent) und bei der Körperpflege (22 Prozent) als zweitwichtigste Unterstützung zur Verfügung. Bei der Fortbewegung und beim Einkaufen (43 Prozent) sowie bei Büro- und Organisationsarbeiten (55 Prozent) sind sie die am häufigsten genannten Helferinnen und Helfer.

Helfende Personen bei Alltagstätigkeiten (Angaben in Prozent)



Quelle: Landeshauptstadt Hannover, Repräsentativerhebung "Leben und Wohnen im Alter"
Basis: 55-Jährige und Ältere

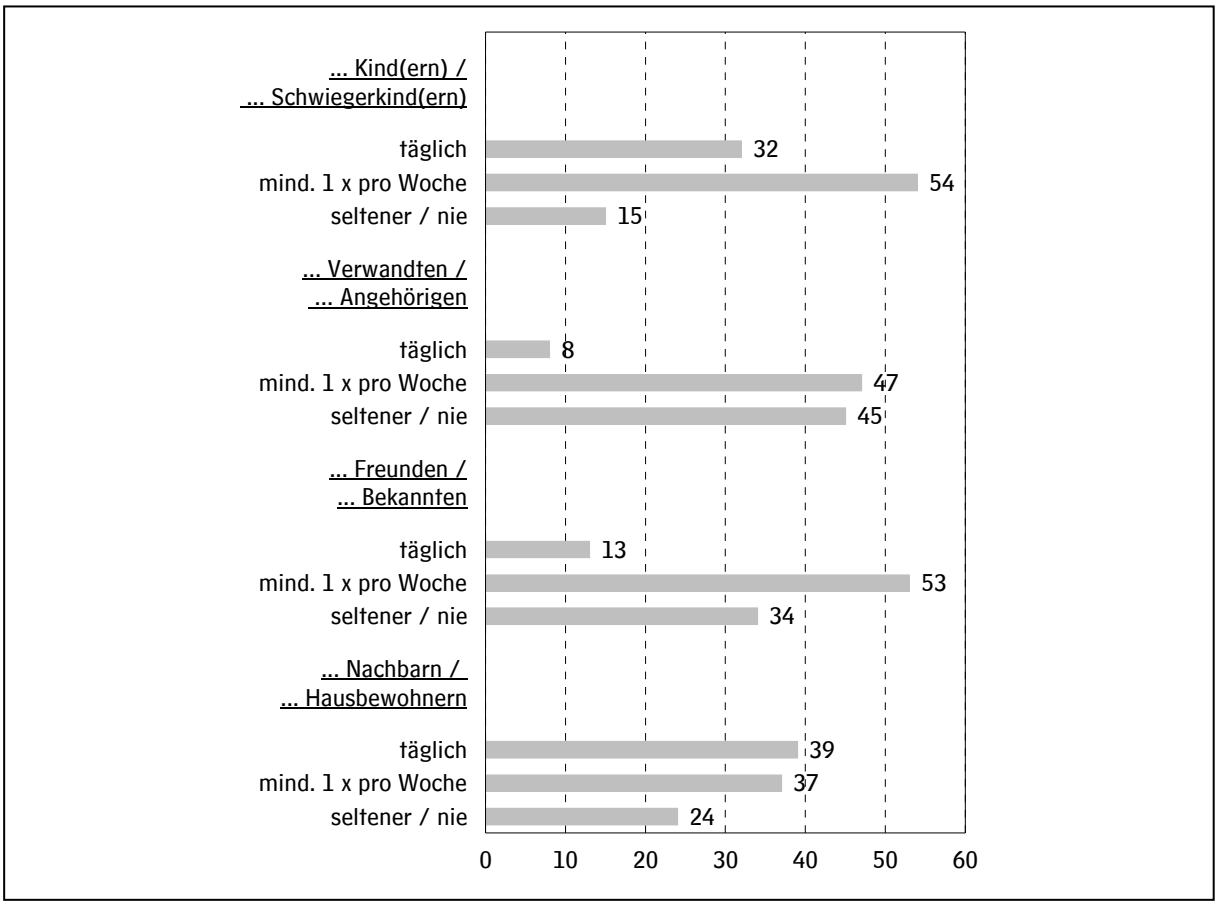
7. Einbindung in familiäre/private Netzwerke

Familiäre Netzwerke

- Familiären und privaten Netzwerken kommt – insbesondere für ältere Menschen – eine besondere Bedeutung bei der Bewältigung des Alltags zu. Im Rahmen dieser Netzwerke werden – oft gegenseitig – Hilfen bei Alltagstätigkeiten geleistet, sie dienen auch der finanziellen und emotionalen Unterstützung und in diesen Netzen wird die Betreuung hilfe- und pflegedürftiger Menschen übernommen.

- Kinder und Schwiegerkinder nehmen traditionell eine herausragende Rolle in den privaten Netzen von älteren Menschen ein. Förderlich ist hierbei die räumliche Nähe. 77 Prozent der Befragten haben (erwachsene) Kinder. 9 Prozent der Kinder leben im gleichen Haus, 39 Prozent in der Stadt Hannover, 13 Prozent im Umland von Hannover und 17 Prozent weiter weg.

Häufigkeit des Kontaktes zu … (Angaben in Prozent)



Quelle: Landeshauptstadt Hannover, Repräsentativerhebung „Leben und Wohnen im Alter", Basis: 55-Jährige und Ältere

- Die wichtigsten Kontaktpartner für die 55-Jährigen und Älteren sind die eigenen Kinder/Schwiegerkinder sowie Nachbarn und andere Hausbewohner. 32 Prozent der Befragten haben täglich, 54 Prozent haben mindestens einmal pro Woche Kontakt mit ihren Kindern oder Schwiegerkindern. Mit Nachbarn und anderen Hausbewohnern haben 39 Prozent täglich und 37 Prozent mindestens einmal wöchentlich Kontakt.

Vorhandensein von Gesprächspartnern

- Eine/n vertrauensvolle/n Gesprächspartner/in für den Austausch über Wünsche, Ängste oder Probleme haben 50 Prozent der Befragten. Gelegentlich auf einen solchen zugreifen können 36 Prozent. 14 Prozent finden selten oder nie eine Möglichkeit der Aussprache.

- 75- bis 84-Jährige (43 Prozent), aber auch Paare über 75 Jahre (41 Prozent) haben seltener die Gelegenheit, über Wünsche, Ängste und Probleme reden zu können. Gleiches gilt für Befragte mit Mobilitätseinschränkungen (43 Prozent) sowie Migrantinnen und Migranten (41 Prozent).

Erbringung von Hilfeleistungen für Andere

- Fast ein Viertel der 55-Jährigen und Älteren tritt in den privaten Netzen selbst häufig als Hilfe gebend auf. 39 Prozent tun dies gelegentlich.

- Mit zunehmendem Alter sinkt erwartungsgemäß der Anteil derer, die aktiv in den familiären/privaten Netzen tätig sind bis auf 11 Prozent in der Altersgruppe der 85-Jährigen und Älteren.

- Jede(r) dritte 55-Jährige und Ältere mit Migrationshintergrund erbringt Hilfeleistungen für andere.

- Diejenigen, die anderen häufig, gelegentlich oder zumindest selten helfen (insgesamt 87 Prozent) helfen Kindern oder Enkeln (26 Prozent) am häufigsten. Jeweils etwa ein Fünftel der erbrachten Hilfeleistungen empfangen Ehe-/Lebenspartner(innen) (20 Prozent) bzw. Freunde/Bekannte (19 Prozent), zu 15 Prozent wird Nachbarn geholfen.

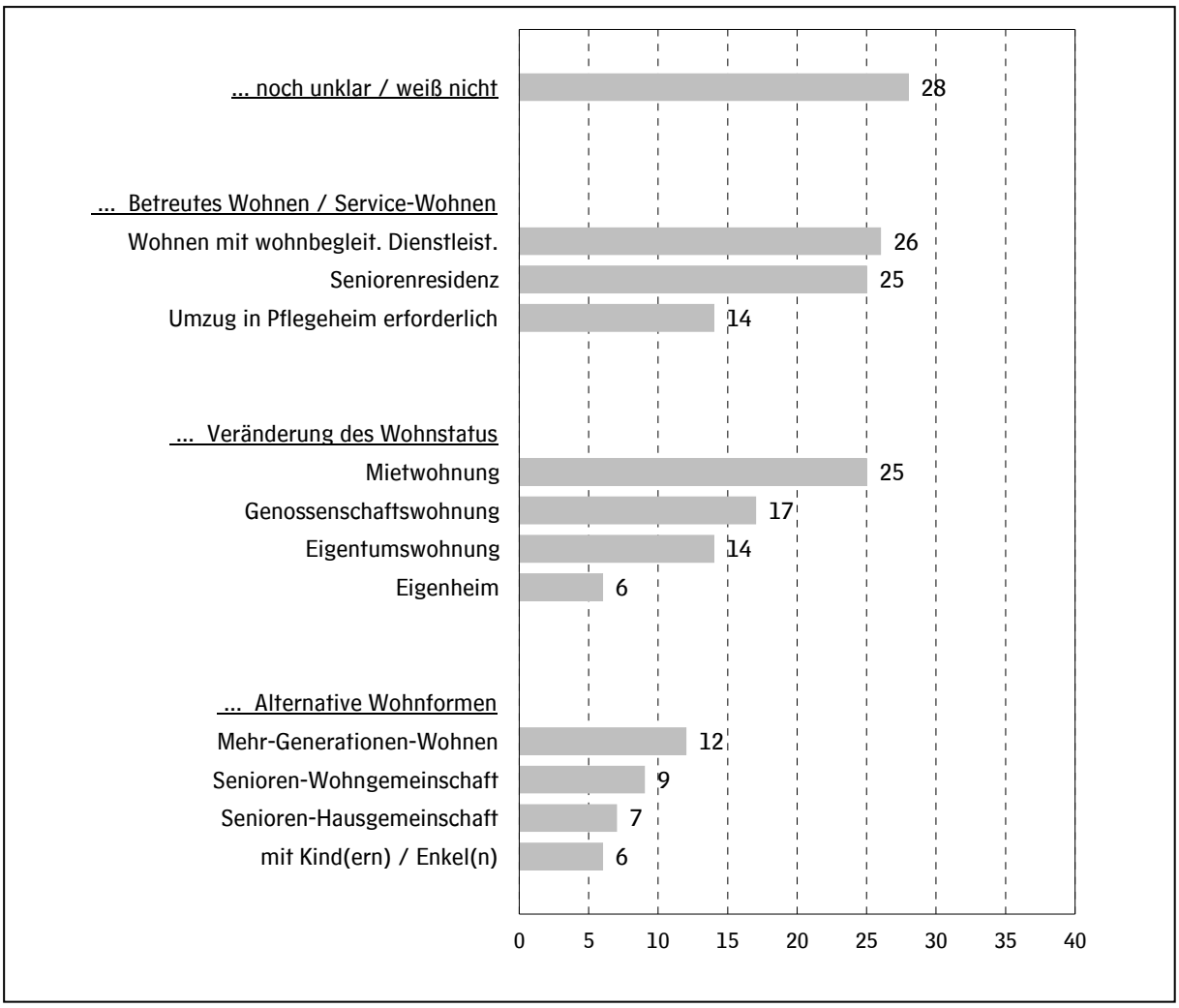
8. Einschätzungen und Planungen zum Thema „Wohnen im Alter“

Wohnwünsche im Alter

- Ältere Menschen wünschen sich, im Alter so lange wie möglich selbst bestimmt in ihrer Wohnung/ihrem Haus und damit in ihrem sozialen Umfeld verbleiben zu können. Um dennoch eine Vorstellung davon zu bekommen, welche Wohnwünsche die 55-Jährigen und Älteren haben, wurde gefragt, welche Wohnsituation sie wählen würden, wenn sie (doch) einmal umziehen wollten oder müssten.

- Insgesamt 28 Prozent hatten hierüber noch nicht nachgedacht oder hatten hierzu keine Meinung. Die Antworten zu dieser Frage sind prozentuiert auf die Zahl aller Personen (Fälle), aus diesem Grund ergibt die Addition der Einzelwerte in der Regel über 100 Prozent liegende Anteile.
- 62 Prozent stellen sich nach einem eventuellen Umzug eine Wohnform mit Dienstleistungen und Unterstützung vor: 26 Prozent wünschen sich ein Wohnen mit wohnbegleitenden Dienstleistungen wie Einkauf, Wäsche, Hausmeister und ambulante Pflege, 25 Prozent würden in eine Seniorenresidenz umziehen und 14 Prozent geben an, in ein Pflegeheim umziehen zu müssen. 75- bis 84-Jährige (24 Prozent) und 85 Jährige und ältere (35 Prozent) antworten deutlich häufiger als der Durchschnitt (14 Prozent), dass sie in ein Pflegeheim umziehen müssen. Gleiches gilt für mobilitätseingeschränkte Personen (32 bzw. 44 Prozent).

Wohnwünsche im Alter (Mehrfachnennungen möglich, Angaben in Prozent)



Quelle: Landeshauptstadt Hannover, Repräsentativerhebung „Leben und Wohnen im Alter", Basis: 55-Jährige und Ältere

- Auch eine mögliche Veränderung des Wohnstatus wurde abgefragt: 20 Prozent haben den Wunsch, Wohneigentum (Eigentumswohnung: 14 Prozent; Eigenheim: 6 Prozent) zu bilden. 17 Prozent geben an, im Falle eines Umzugs in eine Genossenschaftswohnung umzuziehen und 25 Prozent wollen in eine Mietwohnung ziehen.

- 28 Prozent der Befragten nennen alternative Wohnformen als Wunsch wie etwa Mehr-Generationen Wohnen (12 Prozent), Seniorenwohngemeinschaft (9 Prozent) oder Senioren-Hausgemeinschaft (7 Prozent). Mit den eigenen Kindern/Enkeln wünschen sich 6 Prozent ein gemeinsames Wohnen. Alternative Wohnformen haben vor allem für jüngere Befragte unter 60 Jahren eine überdurchschnittliche Attraktivität: 22 Prozent wollen mit mehreren Generationen zusammenleben (Durchschnitt: 12 Prozent), in einer Seniorenwohngemeinschaft (16 Prozent; Durchschnitt: 9 Prozent) oder in einer Seniorenhausgemeinschaft (13 Prozent, Durchschnitt: 7 Prozent) wohnen.

- Befragte, die derzeit eine Eigentumswohnung oder ein Haus besitzen, wünschen sich häufig den Umzug in eine Seniorenresidenz (34 bzw. 36 Prozent, Durchschnitt: 25 Prozent).

Erwünschter Wohnort im Alter

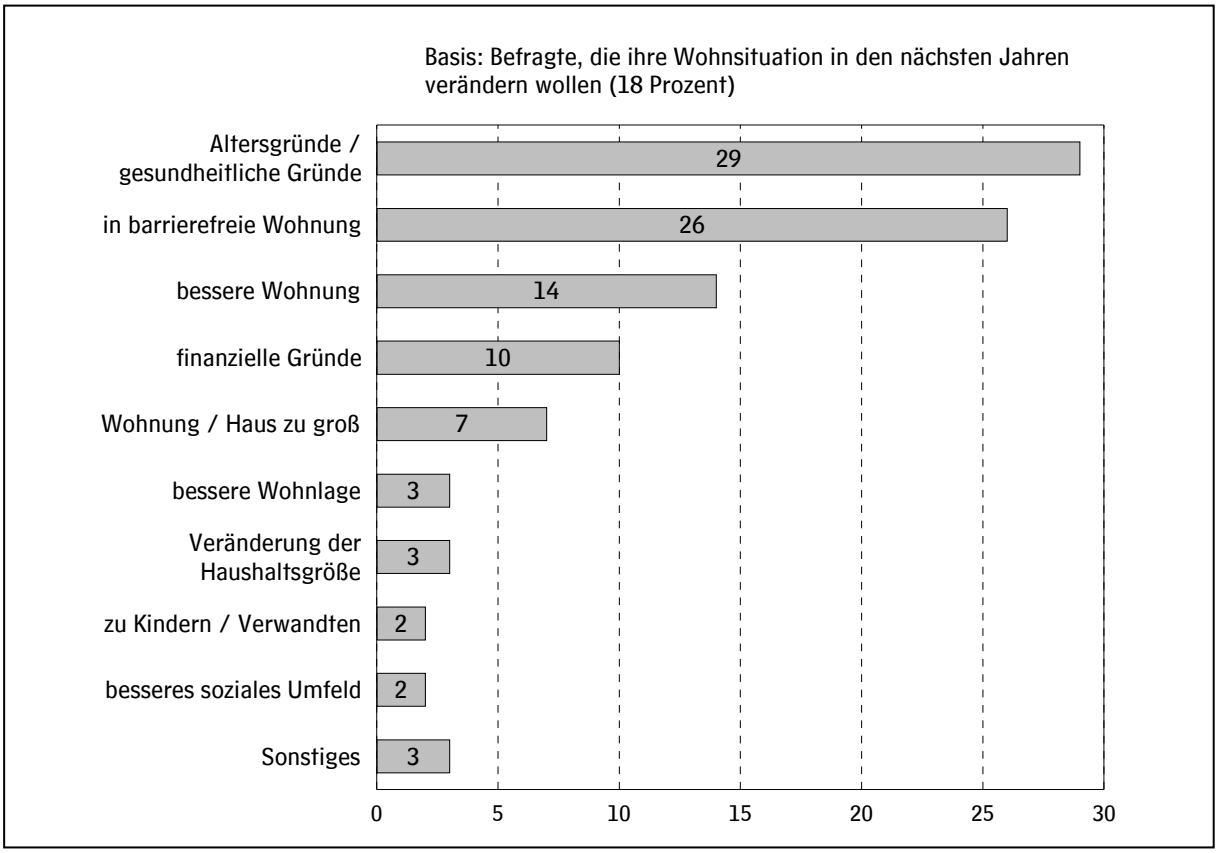
- 69 Prozent aller Befragten geben an, im gleichen Stadtteil wohnen bleiben zu wollen, falls sie noch einmal umziehen wollen oder müssen. Dies bestätigt die bereits festgestellte hohe Zufriedenheit mit dem Stadtteil. Raus aus Hannover – entweder ins Umland oder weiter weg – wollen nur 6 Prozent.

Umzugsabsichten in der näheren Zukunft/Gründe für einen geplanten Umzug

- Die Frage nach dem Bestehen konkreter Umzugspläne wurde von insgesamt 18 Prozent bejaht. Häufiger als der Durchschnitt wollen Alleinlebende unter 75 Jahren (26 Prozent), Befragte mit einem geringen Einkommen unter 600 Euro (25 Prozent), Migrantinnen und Migranten (24 Prozent) sowie Bewohnerinnen und Bewohnern einer Mietwohnung (23 Prozent) umziehen. Seltener als der Durchschnitt wollen Befragte umziehen, die ein Eigenheim oder eine Eigentumswohnung besitzen.

- Diejenigen, die umziehen wollen oder müssen, planen dies häufig aus gesundheitlichen-/Altersgründen (29 Prozent). 26 Prozent wollen in eine barrierefreie Wohnung ziehen. Weitere häufig genannte Gründe sind der Wunsch nach einer besseren Wohnung (14 Prozent), finanzielle Gründe (10 Prozent) sowie der Wunsch, eine kleinere Wohnung zu bewohnen (7 Prozent).

Gründe für einen geplanten Umzug in der näheren Zukunft (Angaben in Prozent)



Quelle: Landeshauptstadt Hannover, Repräsentativerhebung „Leben und Wohnen im Alter", Basis: 55-Jährige und Ältere

Zahl der Zimmer/Wohnfläche nach einem Umzug in den kommenden Jahren

- Sowohl nach der Anzahl der Zimmer als auch nach der Wohnfläche zeigt sich beim größten Anteil der Befragten, die einen Umzug planen, der Wunsch nach Verkleinerung: 51 Prozent streben den Umzug in eine Wohnung mit weniger Zimmern und 66 Prozent in eine Wohnung mit geringerer Wohnfläche an.

- Insgesamt 48 Prozent wollen in eine Wohnung mit 1-2 Zimmern ziehen. Weitere 36 Prozent planen den Umzug in eine Dreizimmerwohnung. Bezogen auf die Wohnfläche streben 26 Prozent eine Wohnung unter 60 Quadratmeter und weitere 43 Prozent zwischen 60 und 80 Quadratmeter an.

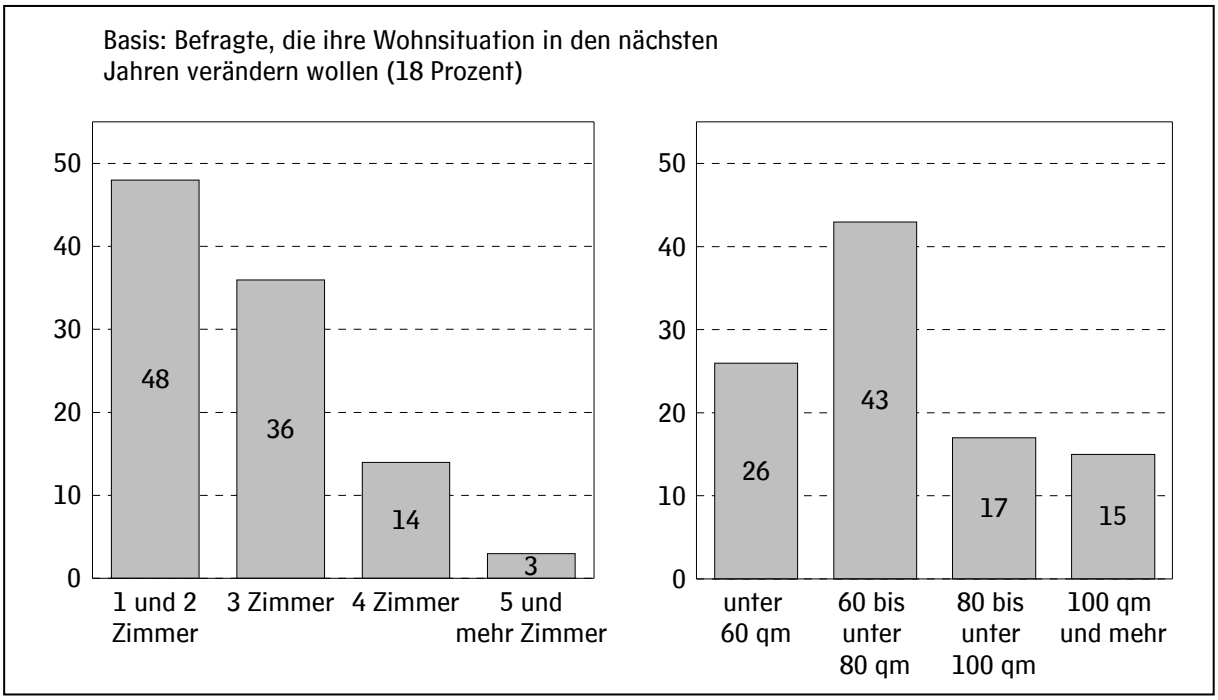
- Auch Befragte, die derzeit ein Haus bewohnen – sei es im Eigentum oder zur Miete – suchen überdurchschnittlich häufig eine Wohnung oder ein Haus mit weniger Räumen (Eigenheimbesitzer: 89 Prozent; gemietetes Haus: 69 Prozent).

- Eine Wohnung mit mehr Räumen (Durchschnitt: 13 Prozent) als derzeit suchen vor allem allein lebende Männer (24 Prozent), Befragte mit einer Eigentumswohnung (22 Prozent), die Gruppe der 60- bis 64-Jährigen (21 Prozent) sowie Alleinlebende unter 75 Jahren.

- Migrantinnen und Migranten wollen häufiger als der Durchschnitt (13 Prozent) über mehr Zimmer (20 Prozent) verfügen. 52 Prozent wollen unverändert an ihrer derzeitigen Zimmerzahl festhalten und nur 28 Prozent ziehen in Betracht, zukünftig die Zimmerzahl zu verkleinern. Auch die Wohnfläche wollen Migrantinnen und Migranten durch einen geplanten Umzug häufiger (24 Prozent) als der Durchschnitt (9 Prozent) vergrößern.

- Sehr deutlich ist der Zusammenhang zwischen dem zur Verfügung stehenden Einkommen und dem Wunsch nach kleinerer Wohnfläche: je höher das Einkommen, desto größer ist der Anteil derjenigen, die sich eine kleinere Wohnfläche wünschen (unter 600 Euro: 36 Prozent; 3.000 Euro und mehr: 92 Prozent).

Zahl der Räume/Zimmer sowie Wohnfläche nach einem geplanten Umzug in den kommenden Jahren (Angaben in Prozent)



Quelle: Landeshauptstadt Hannover, Repräsentativerhebung „Leben und Wohnen im Alter", Basis: 55-Jährige und Ältere

9. Ehrenamtliches Engagement/Engagement in Selbsthilfeaktivitäten

- Unter den 55-Jährigen und Älteren besteht eine hohe Bereitschaft, sich zu engagieren: Bereits engagiert sind 18 Prozent. Derzeit nicht engagiert, aber mit sicherer Annahme, sich zukünftig zu engagieren, sind 4 Prozent. Die Aussage sich zukünftig möglicherweise zu engagieren treffen 20 Prozent.

Derzeitiges Engagement

- Ehrenamtliche Tätigkeiten prägen insbesondere die 60- bis 74-Jährigen: Fast 25 Prozent (Durchschnitt: 18 Prozent) dieser Altersgruppe engagieren sich bereits. Mit zunehmendem Alter sinkt der Anteil der derzeit Engagierten.

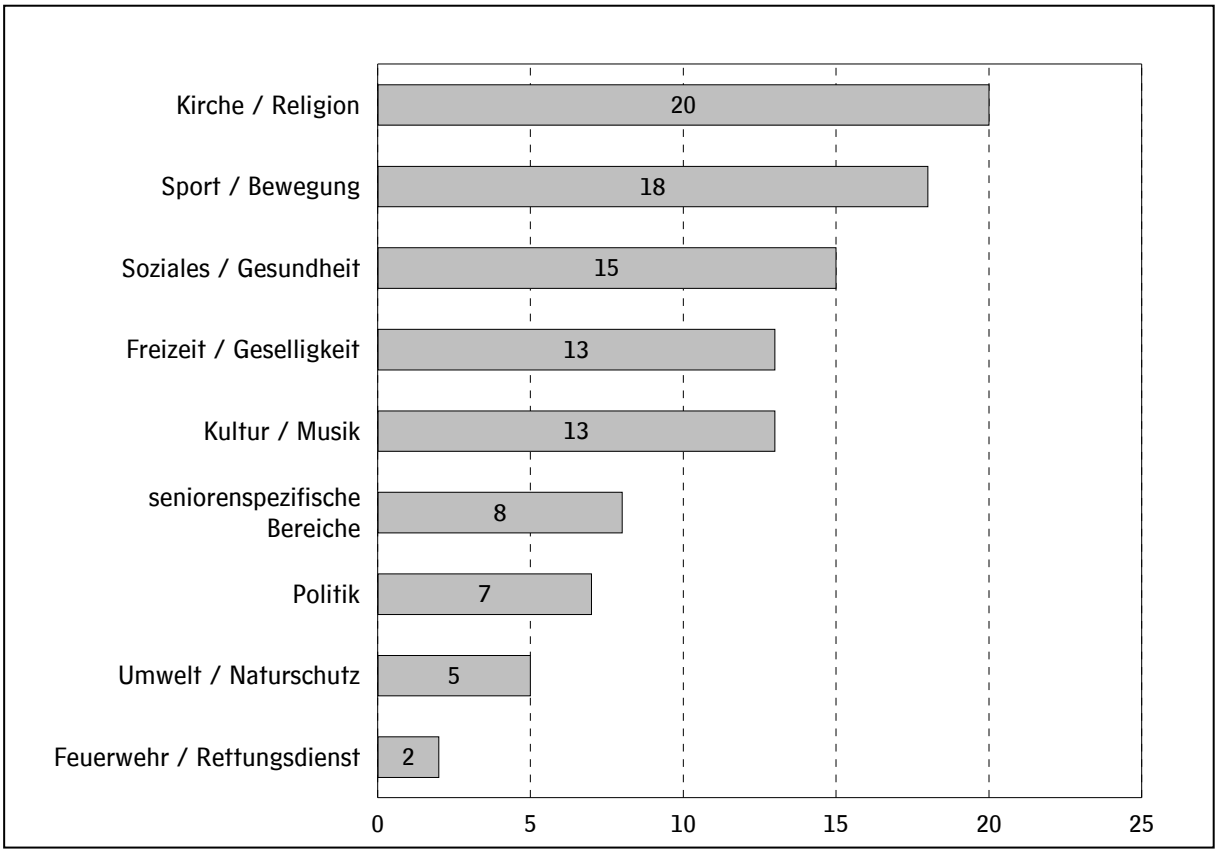
- Befragte mit Fachhochschul- bzw. Hochschulabschluss sind derzeit häufiger als der Durchschnitt (+12 Prozentpunkte) engagiert, Befragte ohne Schul- oder Berufsabschluss dagegen deutlich seltener (-9 Prozentpunkte) als der Durchschnitt.

Zukünftiges Engagement

- Die größten Potenziale für ehrenamtliches Engagement/Selbsthilfetätigkeiten liegen bei den noch Erwerbstätigen (50 Prozent) und bei den jüngeren Altersgruppen zwischen 55 und 64 Jahren. Hier geben 47 Prozent bzw. 34 Prozent an, sich zukünftig sicher bzw. möglicherweise ehrenamtlich betätigen zu wollen (Stadtdurchschnitt: 22 Prozent).

Themenbereiche des derzeitigen Engagements

Bereiche des derzeitigen ehrenamtlichen Engagements (Angaben in Prozent)



Quelle: Landeshauptstadt Hannover, Repräsentativerhebung „Leben und Wohnen im Alter", Basis: 55-Jährige und Ältere

- Die am häufigsten genannten Bereiche, in denen das derzeitige ehrenamtliche Engagement stattfindet, sind Kirche/Religion (20 Prozent), Sport/Bewegung (18 Prozent) und Soziales/Gesundheit (15 Prozent), gefolgt von Freizeit/Geselligkeit (13 Prozent) und Kultur/Musik (13 Prozent).

Themenbereiche des zukünftigen Engagements

- Das Interesse an zukünftigem ehrenamtlichen Engagement verteilt sich in der Priorität anders als das heutige: 18 Prozent wollen sich im Themenfeld Soziales/Gesundheit engagieren, 15 Prozent in Freizeit/Geselligkeit, jeweils 14 Prozent in Sport/Bewegung sowie Kultur/Musik. Der Bereich Kirche/Religion ist mit 8 Prozent der Nennungen deutlich nach hinten gerückt. Im Themenfeld Umwelt/Naturschutz hingegen verschieben sich die Anteile des Interesses von derzeit 8 Prozent ehrenamtlich Tätigen auf 14 Prozent, die zukünftig ein Engagement in diesem Bereich planen.

10. Subjektive Einschätzungen zum Alter

- Neben der Abfrage der objektiven Lebensbedingungen wurden im Rahmen der Befragung auch Wahrnehmungen und Bewertungen der Befragten über subjektive Einstellungen und Erwartungen angesprochen. Hierbei ergab sich eine überwiegend positive Einstellung der 55-Jährigen und Älteren.

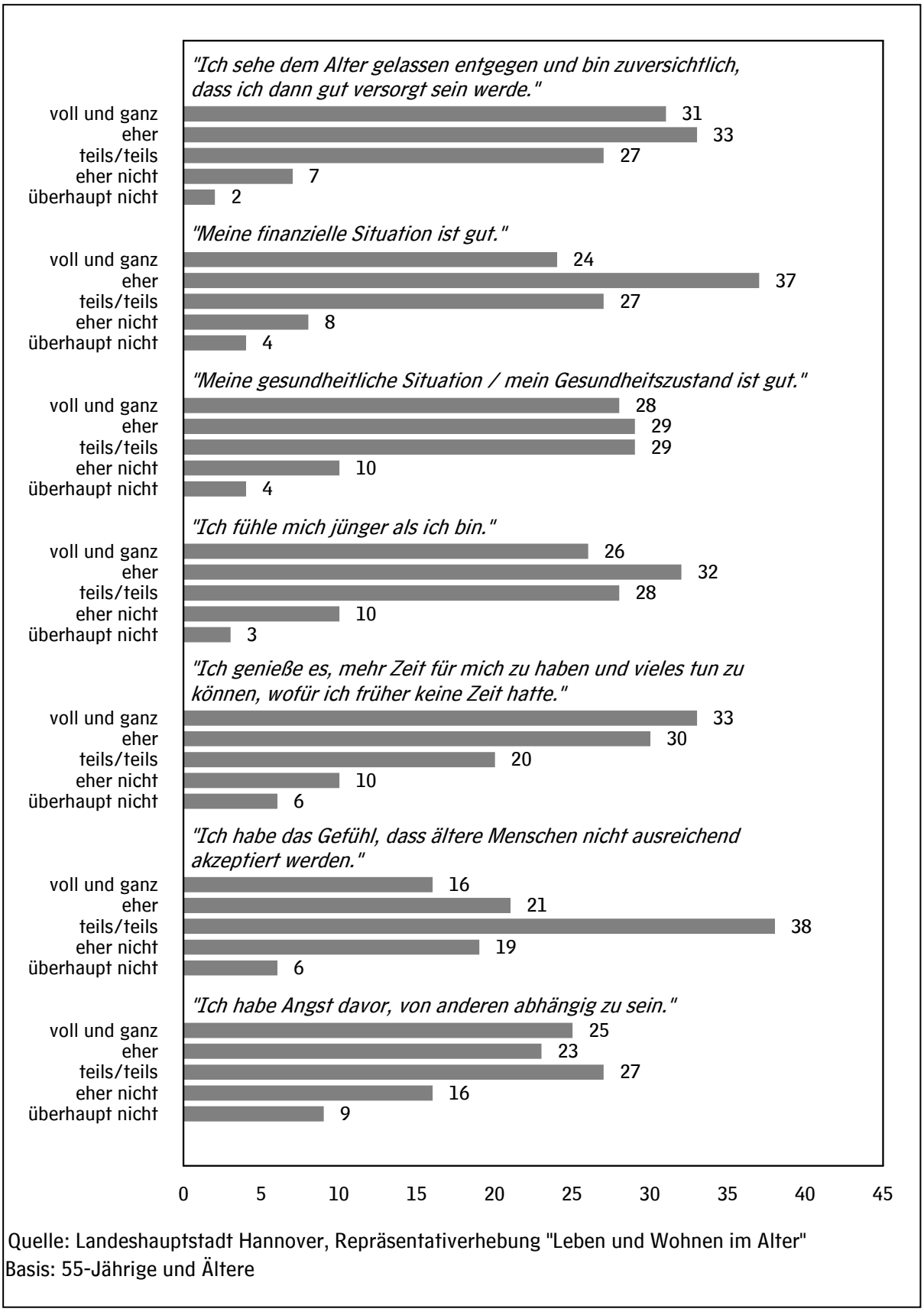
- Fast zwei Drittel (64 Prozent) sehen dem Altern gelassen entgegen und sind zuversichtlich, dass sie gut versorgt sein werden. 61 Prozent schätzen ihre finanzielle Situation als gut ein und 57 Prozent beurteilen auch ihre gesundheitliche Situation als gut.

- Ein insgesamt positives Lebensgefühl spricht auch aus folgenden Anteilen: 58 Prozent fühlen sich jünger als sie sind und 63 Prozent sind der Auffassung, dass sie es genießen können, mehr Zeit für sich zu haben und vieles tun zu können, wofür früher nicht ausreichend Zeit vorhanden war.

- Seltener werden von den 55-Jährigen und Älteren Altersängste und Sorgen geäußert: 48 Prozent der Befragten haben Angst, im Alter von anderen abhängig zu sein und 37 Prozent haben das Gefühl, dass ältere Menschen in der Gesellschaft nicht ausreichend respektiert werden.

- Deutlich negativer als der Durchschnitt der 55-Jährigen und Älteren antworten die Menschen mit Mobilitätseinschränkung als auch Menschen mit Migrationshintergrund hinsichtlich der Aspekte, Zuversicht für zukünftige Versorgung, Gesundheit und finanzielle Absicherung sowie positives Lebensgefühl.

Welche der folgenden Aussagen treffen auf Sie zu und welche treffen weniger oder gar nicht auf Sie zu? (Angaben in Prozent)



Quelle: Landeshauptstadt Hannover, Repräsentativerhebung "Leben und Wohnen im Alter"
Basis: 55-Jährige und Ältere

CDU-Ratsfraktion

(Antrag Nr. 0644/2009)

Eingereicht am 13.03.2009 um 09:05 Uhr.

Sozialausschuss, Stadtentwicklungs- und Bauausschuss, Verwaltungsausschuss

---

Dringlichkeitsantrag der CDU-Ratsfraktion zu Obdachlosenunterkünften im Stadtgebiet Hannover

Antrag zu beschließen:

Die Verwaltung wird aufgefordert, für den Sozialausschuss und bei Interesse auch für andere Ausschüsse, kurzfristig eine Ortsbegehung aller Obdachlosenunterkünfte im hannoverschen Stadtgebiet vorzubereiten.

Begründung

Zeitungsberichten war zu entnehmen, dass der Bunker in der Celler Straße, der als städtische Obdachlosenunterkunft betrieben wird, nachts verschlossen wurde. Dies hatte zur Folge, dass die Obdachlosen den Bunker in einem Notfall nicht mehr verlassen konnten.
Diese Presseberichterstattung hat deutlich gezeigt, dass die Sicherheitsvorkehrungen zum Schutze der Obdachlosen unzureichend sind.
Daher ist es dringend erforderlich, dass sich der Sozialausschuss und interessierte Ratsmitglieder vor Ort ein Bild über die aktuelle Sachlage machen können. Es darf nicht abgewartet werden, bis ein Feuer o. ä. ausbricht und die Obdachlosen zu Schaden kommen.

Rainer Lensing
Vorsitzender

Hannover / 16.03.2009